

Pax Christi Erzdiözese  
München und Freising e.V.  
Landwehrstr. 44  
80336 München  
Postvertriebsstück  
B 13321 F  
Gebühr bezahlt

---

Auf Frieden hoffen, auch wenn es lange, sehr lange, fast ein Leben lang dauert, bis der Schmerz, die Wunden, die Hoffnungslosigkeit, die Wut, die Angst sich legt in mir.

Auf Frieden hoffen.

auch wenn alle Zeichen um uns herum eher den Krieg verheißen und mein Inneres den Frieden gar nicht zu spüren wagt.

Auf Frieden hoffen, auch wenn die Fluchtgedanken mich zu überwältigen drohen.

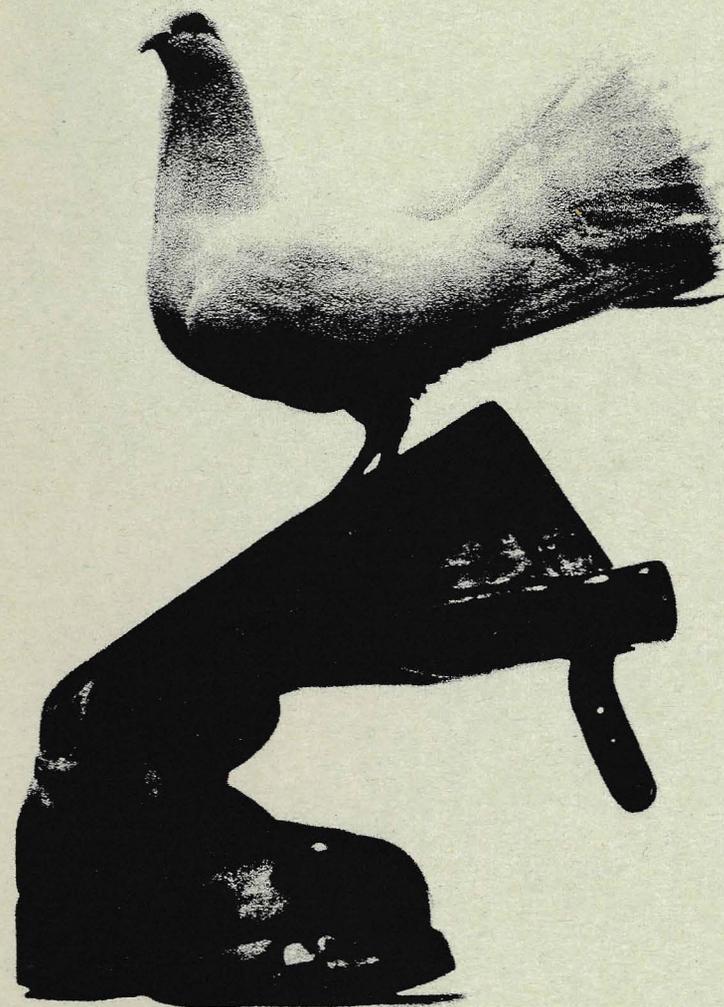
Auf Frieden hoffen und sich bewusst sein, dass er nicht zu erzwingen ist.

Auf Frieden hoffen in Zeiten des Unfriedens und dabei friedenswillig und bemüht bleiben; ein harter Prüfstein für unsere menschliche Seele, die des Leidens müde geworden ist.

*Viola Raheb*



**rundbrief**  
der  
Bistumsstelle München  
Sommer 2 / 2002



Liebe Freunde, liebe Mitglieder,

schon wieder brüten Martin und ich über den Inhalten (und dem Aussehen) des neuen Rundbriefs. Da er Euch dieses Mal in die Sommerferien begleiten soll, hatten wir ein kleines zeitliches Polster, das wir zur Zusammenstellung eines „Schwerpunkts“ genützt haben. Da uns alle im Augenblick die Situation in Israel und Palaestina sehr berührt, bildet das den Hintergrund für unser Schwerpunktthema „Nahost“. Wir haben ganz verschiedene Leute gebeten, dazu einen Beitrag zu leisten. Ralph, der sich ja, wie sicher alle wissen, seit Jahren intensiv mit der Materie auseinandersetzt, schreibt über die Hintergründe der jetzigen, verfahrenen Situation, Wiltrud Rösch-Metzler dagegen war es wichtig, über einen ganz aktuellen, brennenden Aspekt dieser Thematik zu berichten, von Peter Hinsin aus der Gruppe Freising liegt ein Predigttext vor. An dieser Stelle möchte ich Wiltrud als Sprecherin der Kommission Nahost der Deutschen Sektion vorstellen. Ihr Name ist vielen von Euch sicher aus Publik Forum bekannt, wo sie schon lange besonders zur Situation im Nahen Osten arbeitet. Ich danke ihr auf diesem Weg ganz besonders, dass sie trotz großer anderweitiger Belastungen Zeit gefunden hat, für uns zu schreiben. Im Laufe der nächsten Rundbriefe wollen wir versuchen, die Kommissionen von Pax Christi (deutsche Sektion) in loser Folge vorzustellen, was aber bestimmt nicht in jede Ausgabe passt. Ein anderes Gebiet, das wir uns vorgenommen haben, ist die Geschichte der einzelnen Gruppen. Es ist ja gar nicht bekannt, welche Dinge sich da im Lauf der letzten zwanzig Jahre ereignet haben und es wäre schade, diese Geschichten in der Versenkung verschwinden zu lassen. Den Anfang macht in diesem Heft Roswitha Bendl aus der Gruppe Erding, die über die langen Kontakte mit Erfurt und auch anderen erzählt. Zuletzt noch eine Bitte: wenn Ihr Interessantes findet, das Eurer Meinung nach hier herein gehört, dann lasst es uns wissen. Ein Mitgliederblatt lebt von der Mitarbeit und dem Interesse aller! Euch allen nun erholsame und schöne Ferien, in denen der uns sonst verfolgende „Friedensfrust“ ausgespart wird, damit wir im Herbst mit neuem Elan und ausgeruhten Kräften uns ins Getümmel stürzen können.

Elisabeth Hafner

## Impressum

Herausgeber: **PAX CHRISTI Erzdiözese München und Freising e.V.**  
Landwehrstr. 44, 80336 München, Tel. und Fax: 089 / 54 38 515

Redaktion: Elisabeth Hafner (V.i.S.d.P.), Martin Pilgram

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen aus Platzgründen vor. Der Rundbrief erscheint vier Mal im Jahr. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

**Redaktionsschluss** der nächsten Ausgabe (Herbst 3/2002)  
am **Freitag, 13. September 2002**

## Aus der Bistumsstelle

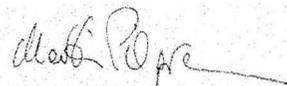
Liebe Mitglieder und Förderer,  
liebe Freundinnen, Freunde und kritische Begleiter von pax christi,

Nach drei schnell aufeinanderfolgenden Diözesanversammlungen bleibt uns jetzt ein ganzes Jahr bis zur nächsten. Vielleicht lassen sich bis dahin ja einige Punkte klären, die auch bei der letzten Versammlung weiter offen bleiben mussten. Hier seinen noch einmal die offenen Positionen von geistlichem Beirat und Sprecherin erwähnt. Mit der Wahl von Elisabeth Hafner und Ralf in die Bistumsstelle haben wir ihre Arbeit für die Bistumsstelle wieder auf etwas formale Füße gestellt. Sie werden wie in der Vergangenheit vor allem Vertretungsaufgaben in kirchliche Gremien übernehmen. Elisabeth kümmert sich dazu natürlich weiter um das Benkovaz Projekt.

Nach dem großen Artikel der Kirchenzeitung zu Anfang des Jahres über Benkovac und pax christi im allgemeinen sprach man mich im Zuge der 40 jährigen Wiederkehr der Weihe der Kathedrale von Coventry an. Den Eindruck den ich hier gewinnen konnte, war ein recht positiver. Die Kirchenzeitung druckte gerne Aktivitäten von pax christi, wenn sie ihr nur rechtzeitig bekannt würden und bei interessanten Themen müsste eine Doppelseite wie im Januar ja keine Einmaligkeit bleiben. Meine Erinnerung an der Verhältnis zu den Medien von vor etwa 15 Jahren war jedenfalls eine andere.

Auch wenn wir wegen der Kurzfristigkeit in die Kellerräume von Ignatius ausweichen mussten, war die Veranstaltung mit unserem Generalsekretär Reinhard Voß doch ganz gut besucht. Etwa 40 Personen folgten seinen Vorstellungen von gewaltfreien Visionen. Leider und das muss an dieser Stelle auch gesagt werden, sah ich keinen, den ich nicht als pax christi Mitglied einordnen konnte. Und das, obwohl wir an vielen Stellen Werbung gemacht hatten. Und selbst von den pax christi Mitgliedern hatten wir kaum jemanden aus dem Umland angesprochen. Dabei hatte ich gedacht, dass der Termin vor dem Feiertag so schlecht gar nicht gewählt war. Aber beides – wie sprechen wir nicht-pax christi Mitglieder an und was können wir für pax christi Mitglieder im Umland tun, sollten Themen auf dem Wochenende der erweiterten Bistumsstelle im September sein. Falls Ihr hier noch andere/eigene Themen einbringen wollt, schreibt sie mir bitte. Wir sind eine Bewegung und leben von den Ideen und Vorstellungen der Mitglieder. Vielleicht regt Euch der Sommer(urlaub) ja hier etwas an.

In diesem Sinne viel Sonnenschein und eine erholsame Zeit



Martin Pilgram  
pax christi Sprecher in der Erzdiözese München und Freising

**Inhalt**

Impressum .....	2
Aus der Bistumsstelle .....	3
Inhalt.....	4
<b>Diözesanversammlung 13. April 2002 .....</b>	<b>5</b>
Beschlüsse.....	5
„Ursachen für die zunehmende Akzeptanz militärischer Gewalt in unserer Gesellschaft“ .....	5
Ergebnisse der Arbeitsgruppen.....	7
<b>Aus den Gruppen .....</b>	<b>14</b>
15 Jahre Partnerschaft Offene Arbeit Erfurt mit Pax Christi Erding.....	14
„Oikocredit“- die ethische Geldanlage.....	16
<b>„Visionen brauchen Fahrpläne“(Ernst Bloch). Wege der Gewaltfreiheit..</b>	<b>19</b>
Vorbemerkung .....	19
Aufgabenfelder für Politik, Kirchen und Kirchengemeinden .....	19
<b>Nahost .....</b>	<b>25</b>
Massenverhaftungen und Folter in Palästina und Israel .....	25
Wer zum Schwert greift .....	26
Nahostkonflikt ohne Ende?.....	27
Shalom oder Salam im Heiligen Land?.....	29
Kurzmeldungen Nahost .....	34
<b>Begegnungen über ethnische Grenzen hinweg.....</b>	<b>36</b>
<b>Schnipsel .....</b>	<b>41</b>
<b>Blick ins Internet.....</b>	<b>44</b>
<b>Terminübersicht .....</b>	<b>45</b>
<b>Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese .....</b>	<b>46</b>
<b>Jahreseröffnung der friedens räume in Lindau .....</b>	<b>47</b>

**Diözesanversammlung 13. April 2002****Beschlüsse**

Neben der Aussprache zu den Berichten der Bistumsstelle (Sprecher, Kassenführer, Münchener Kontakte) erfolgten die Aussprachen zu diesen Berichten. Die Suche nach einer Sprecherin und einem geistlichen Beirat dauern weiterhin an. In Bezug auf den geistlichen Beirat kündigte Hans Rehm an, dass ein Kandidat für den Geistlichen Beirat in Aussicht ist und dass demnächst Gespräche stattfinden.

*Irma Biechele* schlug vor, *Elisabeth Hafner* und *Ralf Deja* – die

schon im vergangenen Jahr für die Bistumsstelle Vertretungsaufgaben wahrnahmen – in die Bistumsstelle nachzuwählen, um den Informationsfluss sicherzustellen. Bei 5 Enthaltungen wurden beide in die Bistumsstelle nachgewählt.

Ein ausführliches Protokoll der Diözesanversammlung kann über die Bistumsstelle bezogen werden.

**„Ursachen für die zunehmende Akzeptanz militärischer Gewalt in unserer Gesellschaft“**

**- warum schwindet mehr und mehr der pazifistische Widerstand ?**  
(Referat von Dr. Perter Barth, aus den Mitschriften von TeilnehmerInnen)

Der Referent befasste sich zunächst mit den Ursachen des Terrorismus, die man kennen muss, um ihn zu bekämpfen.

**Er unterscheidet zwischen**

- **ethisch-nationalistischem Terror**, der einen eigenen Staat erreichen will (ETA, UCK, PKK...). Dabei ist fraglich, ob mit der Schaffung eines eigenen Staates der Terror beseitigt ist.
- **religiös motiviertem Terrorismus**
- **sozial-revolutionärer Terrorismus**, der eine andere Gesellschaft, eine gerechtere Wirtschaft

schaftsordnung anstrebt. Wenn Menschen, die dieses Ziel erreichen wollen, Gewalt seitens des Staates erleben, kann dies in Terrorismus enden (z.B. RAF, in abgeschwächter Form: Genua).

- **national-revolutionärer Terrorismus** (Wehrsportgruppe Hoffmann)
- **staatlicher Terror durch vigilanistische Gruppen** (Todeschwadronen), die im Sinne eines Staates/Regimes aktiv sind
- **Staatsterror** (Lybien, Israel gegen die Intifada)

**Was ist zu tun?**

Wir müssen zunächst unterscheiden zwischen positivem und negativem Frieden.

**Negativer Friede** bedeutet die Abwesenheit von Krieg. Hierzu einige Fakten und Zahlen: Zur Zeit gibt es auf der Welt 33 Kriege, davon lediglich 3 zwischenstaatliche. Seit 1945 gab es 220 Kriege mit insgesamt 35 Mio. Toten.

Der amerikanische Rüstungsetat – der diesen negativen Frieden sichern soll – beträgt zur Zeit jährlich 360 Mrd. US \$ und wird auf 430 Mrd. US \$ erhöht!

**Positiver Friede** dagegen entsteht durch Beseitigung oder wenigstens Minimierung von Kriegsursachen: Als solche nannte der Referent:

- **Angst**
- **Not**

Täglich sterben weltweit 40.000 Kinder; die rot-grüne Bundesregierung hat aber entgegen den Koalitionsvereinbarungen den Entwicklungshilfe-Etat weiter reduziert! Auch in den Industrieländern wächst die Kluft zwischen Arm und Reich.

- **Unfreiheit**
- **Gewalt**

Bei Gewalt ist – nach Galtung – zu unterscheiden zwischen

- *personaler Gewalt*: in der Familie, von einzelnen (bspw. Polizisten) ausgeübt
- *strukturelle Gewalt*, z.B. durch Gesetze, Verordnungen. Hier stellt sich die Frage, wie stark der Staat in die Freiheit des einzelnen eingreifen soll und

darf. (So konnte durch den Sicherheitsgurt die Zahl der Verkehrstoten reduziert werden. Das Gebot ist aber nur mit Strafmaßnahmen durchzusetzen. Ähnliches gilt für das Verbot von Alkohol im Straßenverkehr.

- *kulturelle Gewalt*, z.B. die Beschneidung bei Mädchen

**Handlungs-Ebenen für die Schaffung eines positiven Friedens:**

- Welt
- Einzelstaaten
- Religionen
- Nationen und Großgruppen
- gesellschaftliche Kleingruppen, Familien
- Individuen

**Ansatzpunkte für den Pazifismus heute:**

Was kann ich als einzelne/r tun?

Konzepte entwickeln und Überzeugungsarbeit leisten, versuchen Mehrheiten zu schaffen, friedensfördernde Strukturen schaffen, die Kluft zwischen den guten vorhandenen Konzepten und dem mangelnden politischen Willen, sie umzusetzen, überbrücken. (Dies ist nach Meinung des Referenten nur durch Druck von unten möglich, z.B. vor Wahlen.)

Offen bleibt, ob gewaltfreie Konfliktbearbeitung in bestimmten Situationen überhaupt möglich ist. Der Referent hält physische Gewalt in den Situationen für unumgänglich, in denen der Staat kein Gewaltmonopol (mehr) hat, wie im Kosovo oder in Afghanistan. D.h. in Gesellschaften, deren zivilgesellschaftliche Struktu-

ren durch jahrzehntelange Konflikte bzw. Kriege weitgehend zerstört wurden. Extrem hohe Arbeitslosigkeit verschärft die Situation (im Kosovo z.Zt. 80%) vor allem, wenn Männer seit Generationen nichts anderes gelernt haben als zu kämpfen. Es gilt deshalb, die Arbeitslosigkeit abzubauen und das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen. Nur wenn es gelingt, solche Strukturen zu schaffen, können diese Kriege „ausgetrocknet“ werden.

**Die Situation nach dem 11. September**

Der 11.9. hat eine neue Situation geschaffen: Der „Kreuzzug gegen den Terror“, den die US-Regierung ausgerufen hat, verfolgt zwei Ziele, nämlich Rache zu üben und eine neue Weltordnung zu schaffen. Europa hat keinen Einfluss.

Ein mögliches Konzept müsste beinhalten:

- neben dem militärischen Eingreifen politische Strukturen schaffen
- die UNO stärken

**Ergebnisse der Arbeitsgruppen****Warum wird die Verschärfung von Innen-, Sicherheits- und Ausländerpolitik so einfach hingenommen?**

Dr. Barth führte in seinem Referat aus, dass sich eine „positive“ Friedensarbeit um die Minimierung von Angst, Not, Unrecht und Gewalt bemüht. Bei der Gewalt sei zwischen personaler, kultureller und struktureller Gewalt zu unterscheiden. Das Thema des Arbeitskreises liegt im Bereich der strukturellen Gewalt, wie

- wirtschaftliche Lösungen anstreben: Entwicklungshilfe auch als „positive Sanktion“
- Dialog der Kulturen „Welt-Ethos“
- Organisatorische Maßnahmen ergreifen: statt Sicherheitsgesetzen Gesetze schaffen, die den Frieden stabilisieren
- Finanzströme kontrollieren: Wer finanziert Krieg und Terror, wer profitiert davon?
- Und nochmals die Frage: kann man in Krisenherden pazifistische Positionen vertreten?
- Stärkung der Friedensbewegung und die Vernetzung der Menschen guten Willens

**Mögliche Ansatzpunkte für uns: Erarbeitung von Wahlprüfsteinen****Aus der Diskussion:**

Möglichkeiten der Pazifismus in einer von Gewalt geprägten Gesellschaft – Wirksamkeit der Friedensbewegung, auch in den achtziger Jahren – Aktionsmöglichkeiten für uns.

sie durch Gesetze gegeben sein kann.

Zum Eingang des Gesprächs wurden die wesentlichen Verschärfungen der Sicherheitspakete I und II vorgestellt, wie sie vorgeblich zur Bekämpfung des Terrorismus vom Bundestag verabschiedet worden sind.

Der Arbeitskreis war sich über die **Antwort auf die gestellte Frage** schnell einig, warum die Verschärfung einer Vielzahl von Gesetzen einfach hingenommen wurde:

Im Prinzip weiß die Masse der Bürger nicht, was gesetzlich geregelt wurde und was damit zu einer gravierenden Einschränkung der Freiheitsrechte führte. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass selbst viele der Parlamentarier, die diese Gesetze beschlossen haben, die sich aus den Gesetzen ergebenden Konsequenzen nicht bis ins Letzte überblickt haben.

**Gründe für das breite Unwissen** über diese Gesetze sind wohl,

- dass die Gesetzgebung ungewöhnlich schnell vor sich ging (im Vergleich dazu sei nur auf den breiten Meinungsbildungsprozess verwiesen, wie er z. B. bei der Gesetzgebung zum Ladenschluss erfolgte);
- dass viele denken, „ich habe keinen Dreck am Stecken, als schuldloser Bürger bin ich nicht betroffen“;
- dass die Meinung vorherrscht, es sei gut, wenn dadurch Täter gefunden werden;
- dass die Technik, wie Handys, Möglichkeiten für illegale Tätigkeiten ermöglichen, die es zu unterbinden gilt und übersehen wird, dass diese Techniken auch Möglichkeiten zur Überwachung und damit zur Einschränkung der Freiheitsrechte ermöglichen;
- dass das Sicherheitsdenken stärker entwickelt ist als das für Auf-

rechterhaltung von Freiheitsrechten;

- dass das Gehorsamsprinzip, in dem wir erzogen wurden, dazu führt, dass viele glauben, „die da oben werden schon wissen, was gut ist“.

**Konsequenzen dieser Gesetzgebung:**

Aufgrund der Verschärfung der Gesetze werden Personen erfasst, ohne zu wissen, dass sie überwacht werden, was dazu führen kann, dass solche Personen z.B. bei einer Bewerbung für den öffentlichen Dienst oder für Sicherheitsbereiche, z. B. in Flughäfen oder Firmen, nicht berücksichtigt werden, ohne zu erfahren, warum. (So wurden z. B. die Personalien eines unserer Pax-Christi-Mitglieder von der Polizei aufgenommen, weil er jüngst bei einer Demonstration seinen Mund kreuzweise mit Tesastreifen überklebt hatte).

Die aktuelle Sicherheitspolitik überfordert nicht nur die Bürger, sondern auch die Sicherheitsbehörden. So werden z.B. Polizisten mit der Rasterfahndung so überfordert, dass sie ihren eigentlichen Schutzaufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen können.

**Zu fordern ist daher:**

- dass die Sicherheitsgesetze auf ihre Effektivität überprüft werden müssen und gegebenenfalls auch aufzuheben sind, wenn die Effektivität nicht gegeben ist (so wurden bei der Rasterfahndung nach „Schläfern“ über 2000 Personen erfasst, nur bei einer der erfass-

ten Personen hat sich aber ein Verdacht ergeben);

- dass die Sicherheitsgesetze zeitlich zu beschränken sind;
- dass die Kontrollinstanzen gestärkt werden müssen, z.B. der parlamentarische Ausschuss für die Geheimdienste oder die Da-

tenschutzbeauftragten;

- dass der bürgerliche Ungehorsam gegen die Minderung der Freiheitsrechte zu wecken und zu stärken ist.

Wolfgang Deixler

**Wem nutzt der Terrorismus oder wer verspricht sich Nutzen von ihm?**

Wie kommt es, dass es trotz der Ablehnung des Terrorismus (bewusste Tötung unschuldiger Menschen zur Erzeugung von Angst und Schrecken, zu unterscheiden von legitimmem Widerstand) durch die meisten Menschen so viel Terrorismus gibt?

- Er nutzt gewollt oder ungewollt vielen Politikern, bestimmte Ziele mit weniger Opposition durchzusetzen, z.B. Präsident Bush zur Einschränkung der Bürgerrechte, Ministerpräsident Sharon zur Tarnung seiner Liquidierungspolitik als Kampf gegen den Terror, Präsident Putin zur Verschärfung der Kampfhandlungen in Tschetschenien, unserer eigenen Regierung zur Ablenkung von anderen Problemen.
- Er nutzt der Rüstungsindustrie (Erhöhung des amerikanischen Militärhaushalts von ohnehin gigantischen 350 auf 430 Millionen US-\$), den Streitkräften, um sich neue Aufgaben wie Auslandseinsätze zu genehmigen, und der z.B. der Ölindustrie, weil Energie in Krisenzeiten teurer wird.

- Er nutzt den Fundamentalisten in allen Religionen und extremen Parteien.
- Er nutzt (leider) zur Erzeugung von Öffentlichkeit und Problembewusstsein, wenn die Welt die meist längst bekannten Warnungen aufmerksamer Beobachter ignoriert hat.
- Er nutzt bis zu einem gewissen Grad den vorgegebenen Zielen (regionale Autonomie in Korsika, Beschäftigung mit Palästina)

Er nutzt jedoch nicht

- Den meisten Menschen, für deren Interessen angeblich gekämpft wird.
- Den zivilen Teilen der Wirtschaft (Tourismus, Bauindustrie, Landwirtschaft)
- Dem positiven Frieden

Ralph M. Deja

**Lust an Gewalt – Angst vor Gewalt – Versuch einer psychologischen Annäherung****Von der Lust an der Gewalt zur gewaltigen Lust**

In einem freien, bewusst wenig gelenkten Gespräch wurden folgende Gedanken geäußert und prozessorientiert weitergesponnen. Die Gesprächsteilnehmer berichteten überwiegend von eigenen Erfahrungen im Beruf (z.B. in der Schule), in der Familie oder von eigenen Reaktionen auf Bilder von Gewalt (Schrecken, Faszination) etc.

1. Angst ist vermutlich die wichtigste Ursache für Gewalt.

2. Angst überwinden - zunächst in uns selbst und dann in anderen - ist Friedensarbeit.
3. Gewalt ist eine Form von Energie: Wie kann man sie positiv "umfunktionieren"?  
Wie kann aus "Lust an der Gewalt" "gewaltige Lust" werden?
4. Rüsten im geistig-spirituellen Sinn als Basis für Friedensarbeit.
5. Vernetzung und Gemeinschaft zur Stütze und Ermunterung.

Andrea Sausen, Gilching

**Wahlprüfsteine**

Aufgrund einer Anregung aus dem Referat von Peter Barth bildete sich die Arbeitsgruppe „Wahlprüfsteine“ für die Bundestagswahl am 22. September 2002.

Wahlprüfsteine sollen Bundestagskandidaten mit unseren Fragen konfrontieren, aber auch Wählerinnen und Wähler auf wichtige Punkte aufmerksam machen. Wir diskutierten folgende Themen, aus denen Wahlprüfsteine erarbeitet werden sollen:

- Auslandseinsätze der Bundeswehr

- Aufgaben der Bundeswehr, Wehrpflicht
- Wehr- und Entwicklungsetat
- Zivile Konfliktprävention in Krisengebieten
- Integration von Ausländern, Zuwanderung
- Globalisierung, Tobin-Steuer
- Demokratisierung, Bürgerrechte
- Neonazipropaganda
- Korruption
- Stärkung der Zivilcourage

Gertrud Scherer

Die folgenden Wahlprüfsteine wurden von der Gruppe St. Quirin/Aubing erarbeitet.

**Wahlprüfsteine pax christi München****Fragen zum äußeren Frieden:**

**Um künftige Krisen nicht zu Kriegen (mit allen verheerenden Folgen vor allem für die Zivilbevölkerung) werden zu lassen, müssen die UNO und die OSZE den Vorrang vor Einzelstaaten zur Regelung von regionalen und internationalen Konflikten erhalten. Außerdem sind nichtmilitärische Konzepte notwendig, um den Frieden zu schaffen und zu erhalten.**

Werden Sie als zukünftiges MdB dafür eintreten, das internationale Völkerrecht und seine Institutionen zu stärken	ja	nein
internationale Gerichtsbarkeit einzuführen (Strafgerichtshof)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bundesmittel für den zivilen Friedensdienst weiter und in ausreichender Menge für nachsorgende und präventive Arbeit zur Verfügung zu stellen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**Entwicklung und sozialer Friede in den ärmsten Ländern der Welt brauchen Entschuldung. Schuldnerländer benötigen ein faires und transparentes Schiedsverfahren (FTAP) zur Lösung ihrer Schuldenproblematik.**

Werden Sie als zukünftiges MdB dafür eintreten, dass möglichst bald ein internationales Insolvenzrecht geschaffen wird, in dem in erster Linie die sozialen, ökonomischen und politischen Menschenrechte der unmittelbar Betroffenen berücksichtigt werden ?	ja	nein
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**Die Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern verschlechtern sich zunehmend. Der Entwicklungshilfeetat wird ständig reduziert. 20 Mio Minen behindern den Wiederaufbau nach Kriegen und die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens.**

**Durch den Rüstungsexport, gerade von Kleinwaffen, leichten Waffen und Minen wird eine friedliche Konfliktbewältigung in den Krisengebieten der Erde unmöglich.**

Werden Sie sich als zukünftiges MdB dafür einsetzen, dass der Entwicklungshilfeetat auf den internationalen Zielwert von 0,7% des Bruttosozialprodukts angehoben wird?	ja	nein
dass nicht nur die Herstellung von Landminen geächtet wird,	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



## Aus den Gruppen

### 15 Jahre Partnerschaft Offene Arbeit Erfurt mit Pax Christi Erding

Von Palmsamstag bis zum Mittwoch vor Ostern verbrachten etwa 30 Mitglieder, Freunde und Freundinnen der beiden Gruppen gemeinsame Tage in einem Selbstversorgerhaus in Mitwitz/Oberfranken. Wanderungen, Spiele, Besichtigungen und Gottesdienste standen ebenso auf dem Programm wie das gemeinsame Kochen, Gespräche und Diskussionen über Persönliches, Kirche und Welt.

Damit wurde eine Tradition fortgesetzt, die unsere Gruppen seit 15 Jahren pflegen. Abwechselnd alle zwei Jahre treffen wir uns, einmal im „Osten“, einmal im „Westen“, um unsere Freundschaft, die in schwierigen DDR-Zeiten begann und erstaunliche Hürden und Höhepunkte aufweist, zu besiegeln und immer neu als Bereicherung zu erleben.

Die Offene Arbeit Erfurt ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche, die 1999 ihr 20-jähriges Bestehen feierte. Schon zu DDR-Zeiten war sie eine ungewöhnliche kirchliche „Gemeinde“, die nicht nur die staatliche Ordnung, sondern auch die kirchliche provozierte. Sie will ein Leben ohne Bevormundung ausprobieren und bringt politische, persönliche, kirchliche, ökologische und kulturelle Themen, die den Leuten unter den Nägeln brennen, zur Sprache, vor allem bei ihrer größten Veranstaltung, der jährlichen „Werkstatt“, die immer unter einem bestimmten, lang vorberei-

teten Thema steht. Besonders beeindruckend sind auch die originellen Feste für Kinder und die Gottesdienste. Räume und Hof der Erfurter Stadtmission sowie die naheliegende Michaeliskirche sind für all dies ideale Schauplätze.

Das ehemalige Pfarrhaus in Reinsfeld, in dem wir im wichtigen Jahr 1989 und später gemeinsame Tage verbrachten und uns über die Entwicklungen von Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion die Köpfe heiß redeten, ist eine wichtige Ruhe- Erholungs- und Rüstzeitstätte der Offenen Arbeit. Zu Anfangszeiten war es eine relativ primitive Herberge, was aber nicht darin lag, dass nicht genügend freiwillige Helfer und Helferinnen gegeben hätte. Nein, die größte Schwierigkeit war zu DDR-Zeiten, das Beschaffen der nötigen Materialien für die Renovierung.

Begonnen haben unsere Kontakte als die Friedensaktivistin Brigitta Schmidt aus Lappach 1984 bei einem Besuch des Erfurter Doms Josef-Hermann Burghardt, genannt „Knopf“, mit *Schalom, der Friede sei mit dir*, ansprach. Er war ihr auf Grund seiner Haartracht als der Friedensbewegung nahestehend verdächtig erschienen und daraus entwickelte sich eine Begegnung, die bis heute andauert.

Hier wie dort war uns am Abbau von Feindbildern gelegen, am Kennenlernen, am Verstehen dessen, was jeweils im anderen Teil Deutschlands ablief. Diese Aufgeschlossenheit war verdächtig – sowohl bei uns, wo man schon mal den Vorwurf hörte, wir seien von Moskau bezahlt und hingen einer falschen Ideologie nach –, sondern vor allem auch in der DDR. Die Mitglieder der Offenen Arbeit wussten natürlich, dass sie von der Stasi überwacht wurden. Trotzdem waren sie später bei Einsicht der Akten überrascht, dass auch einige, die man für integer gehalten hatte, IMs waren.

1993 überbrachten uns der langjährige hauptamtliche Leiter der Offenen Arbeit, Wolfgang Musigmann, und Knopf die Stasi-Akte über Pax-Christi Erding/Dorfen. Sie war unter dem Decknamen „Wimpel“ im Zusammenhang mit ihrer Überwachung angelegt worden war und führte über alle Begegnungen der Erdinger und Erfurter minutiös Buch. Für uns las sich die Akte mit ihren zum Teil banalen Aufzeichnungen in mancher Hinsicht fast amüsant, für die Erfurter aber war die Wucht der Paragrafen und strafrechtlichen Tatbestände nicht nur gespenstisch, sondern auch höchst bedrohlich und sie erlebten die Entlarvung einiger enger Freunde als „inoffizielle Mitarbeiter“ als persönliche Katastrophe.

Zurück zum Aufbau unserer Kontakte. Wir hatten schon einige Male vorher versucht, Brücken zu schlagen. Für den Katholikentag 1984 z.B. hat-

te Pax Christi Erding für 40 Christen aus der DDR über eine kirchliche Vermittlungsstelle Quartiere angeboten. Offiziell zugesagt wurde eine einzige Dame. Als unsere Leute zum Abholen um 6 Uhr früh zum Hauptbahnhof München fuhren, kamen Hunderte an – unangemeldet!! Die von uns Aufgenommenen waren durchwegs nette ältere Herrschaften, die aber für einen weiteren Kontakt nicht geeignet waren.

1985 buchten einige Erdinger Pax-Christi Mitglieder eine Bildungsfahrt. Sie wurde vom DDR-Reisebüro abgeblasen, wegen eines angeblichen Computerfehlers.

Inzwischen entwickelten sich aber mit einigen Erfurtern briefliche Kontakte und gemeinsame Aktivitäten, z.B. weiße Fahnen im Fenster am 8. Mai 1985 und gleiche Gebete zur gleichen Zeit in der Friedensdekade. Der Konziliare Prozess mit dem Wunsch nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beschäftigte uns hier und dort stark.

Im März 86 war es dann soweit, Maria Munz-Natterer und Brigitta Schmidt konnten zu einem Besuch nach Erfurt fahren. In Gesprächen entdeckte man viel Gemeinsames, aber auch Unterschiedliches. Zur „Werkstatt“ im Juli 87 unter dem Thema „Werte – unser Anliegen“ reisten Brigitta Schmidt, Roswitha Bendl und der in Erding tätige mexikanische Pater José Ortega nach Erfurt. Sieben Stunden wurde unser Auto an der Grenze aufgehalten und durchgefilzt, die 8000 Blatt leeres

Umdruckpapier, die wir auf Wunsch der Erfurter mit dabei hatten, waren besonders verdächtig und wurden uns abgenommen. Im Nachhinein, wo klar ist, dass Brigitta für die Stasi als besonders gefährlich galt, erstaunt all dies nicht. Es waren trotz allem erlebnisreiche schöne Tage und ein schmerzlicher Abschied, bei dem man wusste, dass ein „besucht uns doch auch einmal“ einfach nicht möglich war.

Aber – über die Vermittlung höchster evangelischer und katholischer Stellen in Bayern und deren Empfehlungsschreiben – konnten Barbara Burghardt und Roland Schiller, die beide im Kirchendienst in Erfurt standen, dann im Oktober 1987 doch zu einer „Bildungstagung“ nach Erding kommen und wir boten ihnen ein volles Programm mit Ökotag, Chiemseeausflug, Kulturerlebnissen und einen ergreifenden Hausgottesdienst mit Pater Josè.

In den Pfingstferien 89 dann erstmals herrliche Begegnungstage mit über zwanzig Personen in Reinsfeld. Nicht nur die Kinderschar von hüben und drüben kostete die Gemeinsamkeit

### „Oikocredit“- die ethische Geldanlage

Die Pax-Christi-Gruppe Landshut befasst sich seit zwei Jahren mit dem Thema „Ethische Geldanlagen.“ Im Vorjahr zeichnete die Gruppe einen Genossenschaftsanteil bei „Oikocredit“.

<sup>16</sup> Geld anlegen, zwei Prozent Dividende erzielen und dabei auch noch et-

nach Herzenslust aus. Voller Neid schauten unsere DDR-Freunde und Freundinnen auf die langsame Öffnung der Sowjetunion unter Gorbatschow und wir alle ahnten nicht, dass schon ein Jahr später auch sie völlig normal reisen und uns besuchen durften!!

Seither also treffen wir uns alle zwei Jahre. Die Wiedervereinigung und die großen Vorbehalte unserer Partner gegenüber der schnellen kompletten Umstellung in eine allzu kapitalistische Lebensweise sind inzwischen immer weniger Thema. Heuer zum Beispiel beschäftigte uns in unseren Diskussionen der Nahostkonflikt sehr – und wir mussten auch da feststellen, dass die unterschiedlichen Geschichtserfahrungen die Ansichten durchaus verschieden geprägt haben.

Langweilig werden die Treffen auch in Zukunft nicht werden, da sind wir uns sicher! Sie bilden einen Festpunkt in unserem Programm, auf den wir nun wirklich nicht verzichten wollen!

*roswitha.bendl@connect-ed.de*

was Gutes tun – dies ist, vereinfacht, das Prinzip von „Oikocredit“ – einer Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, mit Krediten vor allem Menschen in der Dritten Welt zu helfen, Eigeninitiativen zu entwickeln, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Konstanze Schönthaler, ehrenamtliche Mitarbeiterin des Bayerischen Förderkreises von „Oikocredit“, stellte das Projekt vor.

Dabei ging die Referentin zunächst auf die Schuldenentwicklung in der so genannten Dritten Welt ein. Denn, bedingt durch ungünstige Zinsentwicklungen sowie Struktur Anpassungsprogramme hätten sich die Schulden innerhalb von zehn Jahren von 1988 bis 1998 auf 2470 Milliarden Dollar in der Dritten Welt verdoppelt. Die schnellen, günstigen Kredite der 70-er Jahre seien ohnehin größtenteils in den Waffenhandel und in Luxusgüter gegangen, die Schuldenlast habe sich stetig verstärkt. 41 höchst verschuldete Länder trügen zehn Prozent der Schulden aller Entwicklungsländer, so Konstanze Schönthaler, die auch die Struktur Anpassungsprogramme kritisierte: „Es wurde gespart bei Gesundheit und Bildung, man lebte verstärkt von der Hand in den Mund, es hat kein Geld für Investitionen gegeben, die Staaten haben die Sozialausgaben gekürzt und verstärkt ausländische Investoren angeworben.“ Diese Faktoren führten zu immer schlechteren Lebensbedingungen der Menschen. „In Deutschland dagegen“, so Schönthaler, „habe sich in den letzten zehn Jahren das private Geldvermögen verdoppelt. Jeder private Haushalt verfüge über 180.000 Mark. Dazu kämen noch Sachwerte in Höhe von rund 160.000 Mark. Dabei trüge die automatische Geldvermehrung durch Zins und Zinseszins mit einem Anteil von 50 Prozent nicht unerheblich zum Reichtum bei.“

In den Entwicklungsländern sei es genau dieser Zinseszins, der zur wachsenden Verschuldung ganz wesentlich beitrage. Es gebe nun zwei Möglichkeiten zu helfen: Spenden, also schenken oder Darlehen, also leihen. Spenden sollten ausschließlich als Nothilfe zum Leben und Überleben gemacht werden, die Ärmsten der Armen erreichen, die ohne Eigeninitiative und Selbstorganisation leben müssen. Darlehen hingegen, so Schönthaler, unterstützten, förderten Entwicklungen und Selbstorganisation und führten zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Dabei seien „günstige Kredite“ besonders wichtig, garantierten sie doch niedrige Zinssätze, tilgungsfreie Zeiten und lange Laufzeiten. Sie müssten zudem von vertrauenswürdigen Personen oder Institutionen in der Landeswährung vergeben werden und sollten mit stabilen Vertragsbedingungen ausgestattet sein.

Erste Gedanken hinsichtlich „ethischer Geldanlagen“ seien schon in den 70-er Jahren aufgrund des Vietnamkrieges und der Rüstungsdebatte entstanden. In den letzten Jahren sei der Markt geradezu „explodiert“. Schönthaler: „Ein wachsendes Bewusstsein hat auch in Deutschland zu ethischen Fonds in Höhe von 1,3 Milliarden Mark geführt.“

Bei der ethischen Geldanlage, wie sie von „Oikocredit“ geleistet werde, verzichte man auf die Förderung bestimmter Unternehmen wie Rüstungsfirmen, treffe aber eine gezielte Auswahl von Kreditempfängern, nämlich üblicherweise „Nicht-Kreditwürdige“, man nehme damit die Armen als wirtschaftliche Partner

ernst. Dabei gewähre man langfristige Kredite – mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren bei relativ niedrigem Zinssatz – neun Prozent im Gegensatz zu landesüblichen bis zu 200 Prozent – und gestalte diese in der schwierigen Aufbauzeit tilgungsfrei. Ein besonderes Ziel von „Oikocredit“ ist es die Lage der Frauen in der Dritten Welt zu verbessern.

„Oikocredit“ wurde 1975 aufgrund der Steuerfreiheit in den Niederlanden als „EDCS – Ecumenical Development Cooperative Society“ (Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft) eingetragen, 1978 wurden erste Fördervereine gegründet, 1982 auch in Bayern. Seit dem Jahr 2000 heißt es „Oikocredit“, weil dieser Name international leichter zu kommunizieren sei. „Oikocredit“ verwalte derzeit 150 Millionen Euro, verfüge über 30 Fördervereine mit 20.000 Mitgliedern in 19 Ländern und unterstütze Projekte in Südamerika (Anteil: 46,7 Prozent), Afrika (21,2), Asien (9,3), Mittelamerika (11,5), Osteuropa (8,1) und sonstigen Ländern (3,0). 85 Prozent der Kredite würden zurückbezahlt. „Bei derartigen Risikoprojekten sind die 15 Prozent, die wir abschreiben müssen, keine hohe Zahl.“

Als Beispiele nannte die Referentin Projekte in Thailand, wo eine Genos-

senschaft nun mit 32 Heimarbeiterinnen Papiere im kunsthandwerklichen Bereich verarbeite und vertreibe. Gegründet habe das Unternehmen eine Frau allein. In Indien habe „Ökocredit“ zur Verbesserung der medizinischen Grundversorgung beigetragen, indem man einen Kredit für eine Medikamentenproduktion gab. In Kenia sei mit „Oikocredit“ ein „Mikrokredit-Projekt“ aufgebaut worden, das auch der Landbevölkerung er mögliche, an günstige Kredite zu kommen. An der Elfenbeinküste sei eine Vermarktungsgenossenschaft im Bereich Gemüsehandel entstanden, die mittlerweile von sieben auf 900 Mitglieder angestiegen sei. In Guatemala schließlich seien der Kaffeeanbau sowie –verwertung und –verkauf gezielt gefördert worden, was wiederum eine positive Ausstrahlung auf die gesamte Dorfstruktur gehabt hätte. Schönthaler: „Die Genossenschaft arbeitet mit Gewinn, und der Kredit wurde auch schon zurück bezahlt.“

Wer mehr über „Oikocredit“ erfahren oder sich beteiligen möchte, wende sich an die bayerische Geschäftsstelle: Oikocredit Bayern e.V., Buchklingen Nr. 13, 91448 Emskirchen, Telefon: 09104/2932, Fax: 09104/860247, eMail: [bayern.fk@oikocredit.org](mailto:bayern.fk@oikocredit.org).

## “Visionen brauchen Fahrpläne“(Ernst Bloch). Wege der Gewaltfreiheit

### Vorbemerkung

Am 8.5 besuchte uns Reinhard Voß, der Generalsekretär der deutschen Sektion. Er verband seinen Besuch mit einem Vortrag, der an eine aktuelle Diskussion in der Frankfurter Rundschau vom Jahresbeginn – ausgelöst vom grünen Staatsminister Volmer unter der Überschrift „Pazifisten müssen umdenken“ angeschlossen. Wir drucken im Folgenden die von ihm benannten „Aufgabenfelder für Politik, Kirchen und Kirchengemeinden“ eingeordnet in seine 5 Leitbilder:

1. das Leitbild des **gewaltfreien Jesus**, die Vision der "Pax Christi", des jesuanischen Friedensstiftens durch radikales Verstehen und manchmal auch Provozieren des "Gegners".
2. das Leitbild des "**gerechten Friedens**", das sich der grundsätzlichen "vorrangigen Option für Gewaltfreiheit" der Ökumenischen Versammlungen der Kirchen in der DDR (1987/88) verdankt, basierend auf der tiefen Einsicht, dass Gewalt allzu leicht nur Gewalt gebiert und in Form einer

Spirale sehr schnell politisch unkontrollierbar wird.

3. das Leitbild der **zivilen Konfliktbearbeitung**, des zivilen Friedensdienstes und des "Schalomdiakonats".
4. das Leitbild einer **Kultur des Friedens und der Toleranz**, ein dialogischpolitischer Ansatz der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Positionen jenseits eines simplen Gut-Böse-Schemas.
5. das Leitbild des **Völkerrechts** im Sinne von Kants "Ewigem Frieden", nämlich einen weltweit koordinierten und kodifizierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UN-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter.

Der vollständige Vortrag, wie auch eine Dokumentation der Diskussion in der Frankfurter Rundschau, können über die Bistumsstelle bezogen werden.

Martin Pilgram

### Aufgabenfelder für Politik, Kirchen und Kirchengemeinden

In einer Arbeitsgruppe „Frieden“ der ökumenischen Netze und Initiativen auf Bundesebene, in der auch Prof. Hoppe, einer der entscheidenden Mentoren des Bischofswortes „Gerechter Friede“ mitarbeitet und die unter der Leitung von Plälat Dieter

Grande aus Dresden steht, sind (2002) „Aufgabenfelder“ festgeschrieben worden, die ich jetzt den fünf Leitbildern zuordne.

#### LEITBILD 1 „Gewaltfreier Jesus“

**Kein Punkt aus der AG; dazu nenne Ich u.a.**

- Entwicklung einer „jesuanischen Pädagogik“ mit gesellschaftspolitischem Anspruch
- Neu-Durchdenken der Kreuzestheologie, wie es etwa die Herz-Jesu-Gemeinschaft bei Lyon im Sinne konsequenter Gewaltfreiheit tat: „Sacré coeur“ als deren Zeichen!
- Gandhis Jesus-Interpretation bekannter machen, der Europa die Augen öffnete für „den mutigen und tapferen Widerstand voller Weisheit des Jesus von Nazareth“, der kein „passiverWiderständler“ war! (Gandhi in: Harijan, 7.12.1947 – kurz vor seinem Tode)
- Kirchenhistorische Beispiele wie Marin, Franz, de las Casas und die Friedenskirchen neu entdecken und aus der Verniedlichungs- oder Verdrängungs-Ecke heraus holen

**LEITBILD 2 „Gerechter Friede“****Kein Punkt aus der AG; dazu habe Ich mich geäußert und hebe nochmals hervor:**

- Es gibt im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel, und auch unter den modernsten Bedingungen kriegerischer - angeblich „chirurgischer“ - Vernichtungstechnologie nicht die Möglichkeit, Zivilisten ausreichend zu verschonen.
- Aus Angst vor dem Verlust der Zustimmung in den Demokratien wird eher der Verlust „gegnerischer“ Zivilisten als der Tod eigener Soldaten in Kauf genommen.

Dazu setzt „der Westen“ auf einheimische Bürgerkriegsparteien und unterstützt sie mit Megabomben aus unerreichbarer Lufthöhe.

- Die Verlegung von Krieg und Terroraktionen in die Zivilzonen (Bombardierung von Dörfern etc.; Geiselnahmen und Verschanzungen in Zivilsiedlungen; Aufstellung von Militäreinheiten in Siedlungen, bei Krankenhäusern etc.) sind Teil der „privatisierten Gewalt“ unseres Zeitalters und verlangen andere Antworten als Krieg: nämlich Prävention, Verhandlungen, Polizeieinsätze etc.
- Krieg ist im Zeitalter des kommunikativen Internet und der ökonomischen Herausforderung und Chance weltweiter Entwicklung ein absoluter Anachronismus und eine unverantwortliche Ressourcenverschwendung.
- Die Kriterien des „gerechten Friedens“ anzuwenden, heißt: alle Kriege der letzten Jahre abzulehnen, wie es folgerichtig auch der katholische Militärbischof Mixa in Bezug auf Jugoslawien und Afghanistan tat.
- Während sich die Grünen auf die „ultima ratio“ zu bewegen, geben die Kirchen diese Denk- und Rechtfertigungsfigur, die sie zur Zähmung des Krieges erfanden, immer mehr auf.

**LEITBILD 3 „Zivile Konfliktbearbeitung“**

- Der Ausbau und die finanzielle Absicherung von zivilen Friedensfachdiensten ist von der Bundesregierung und den Kirchen verstärkt zu fördern.

- Der Einsatz in Friedensfachdiensten ist als Friedensdienst anzuerkennen und durch Bundesgesetz versorgungsrechtlich abzuschichern.
  - Kirchenleitende Personen und Gremien sollen die ökumenischen Kontakte nutzen und ausweiten, um zur Prävention und gewaltlosen Konfliktbewältigung in Krisengebieten beizutragen.
  - Die Kirchen werden aufgefordert, verstärkt Beiträge zu einer zivilen Konfliktbearbeitung zu leisten.
  - Die Kirchenleitungen sollen Stipendien für die Ausbildung von Konfliktbearbeitern und Mediatoren gewähren und zivile Konfliktbearbeitung durch deren Einsatz ermöglichen.

Ich füge noch hinzu:

- gewaltfreie Trainings in pax christi, z.B. im Sinne und Rahmen der „Werkstätten für den Frieden“ (Misereor und Katholische Verbände, 2002)
- verstärkte Kooperation von Friedensbewegung und Friedensdiensten (etwa in der AGDF)

**LEITBILD 4 „Kultur des Friedens“**

- Die Träger der politischen Bildungsarbeit sollen einem übernational verstandenem Gemeinwohl verstärkt Beachtung schenken.
- In ihren Äußerungen zu Konfliktsituationen sollen die Kirchen und ihre Vertreter alle Aussagen vermeiden, die Gewaltanwendung legitimieren können.

- Die ethische Fragwürdigkeit von Waffenproduktion, Waffenhandel und der verbrecherische Gebrauch von Waffen ist durch die Kirchen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.
- Die Kirchenleitungen sollen sich beim Gesetzgeber für die Möglichkeit einsetzen, Steueranteile, die der Finanzierung militärischer Aufgaben dienen, aus Gewissensgründen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe umzuwidmen.
- Die Kirchenleitungen sollen Partnerschaften für sowie Partnerschaften mit Gemeinden, auch anderer Konfessionen und Religionen, in Krisengebieten auf- und ausbauen.
- Die Kirchenleitungen sollen ihre kirchlichen Einrichtungen zur Abnahme von Produkten des „fairen Handels“ verpflichten.
- Die Kirchenleitungen sollen sich für die Sicherung eines wertorientierten Unterrichtes, zum Beispiel Religions- und Ethikunterricht, an den Schulen zur Vermittlung friedensethischer Normen einsetzen.
- Die Kirchgemeinden sollen sich den Opfern von Gewalt besonders zuwenden, ihnen solidarische Hilfe leisten und mit ihnen nach Wegen suchen, wie sie mit ihren traumatischen Erfahrungen zu leben vermögen.
- Die Kirchgemeinden sollen kostenfrei Räume für Gruppen, die zur Überwindung von Gewalt beitragen, zur Verfügung stellen.

Ich empfehle in diesem Zusammenhang des Weiteren:

- Die Beachtung des im Rahmen der UNO-Dekade zur Gewaltfreiheit veröffentlichte „Manifest 2000“.
- Die Intensivierung der Versöhnungs-, Begegnungs- und Verständigungs-Arbeit, etwa im Rahmen des laufenden pax christi-Projekts „Erinnern für die Zukunft“ (von Renovabis gefördert)
- Die Entwicklung einer Alltagspraxis des „versöhnten Lebens“, in der Konfliktfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft zusammen gehören (Ein Hinweis aus den Trainings zur Gewaltfreiheit: etwa im Sinne der Schritte von Marshall Rosenberg: Ich sehe – Ich fühle – Ich brauche – Ich bitte. Es gilt, die hinter den Gefühlen liegenden Interessen und Bedürfnisse zu erkennen und zu artikulieren.)

#### LEITBILD 5 „Völkerrecht“ bzw. „Juristischer Pazifismus“

- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die UN analog Artikel 43 der Charta der Vereinten Nationen Polizeieinheiten bilden kann, die in Situationen des Staatszerfalls und bei der Nachsorge von Konflikten zur Rekonstruktion eines öffentlichen Gewaltmonopols und zum Schutz grundlegender Menschenrechte eingesetzt werden können.
- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der UN und regionalen Organisationen, wie zum Beispiel der OSZE, ausreichendes Personal für zivile Kon-

fliktbearbeitung zur Verfügung steht.

- Die Rüstungskontrolle und eine weitere Rüstungsreduzierung sind durch die Bundesregierung zu verstärken. Sie wird aufgefordert, sich für das Verbot aller Massenvernichtungswaffen einzusetzen.
- Für die Waffenproduktion und den Waffenexport, wie auch für den Besitz von Waffen, sind durch die Bundesregierung entsprechende gesetzliche Regelungen im Rahmen der Europäischen Union weiter einzuschränken.

Ich füge hinzu:

- Die UNO-Charta sollte mehr gelesen und der Kontakt zur Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Bonn) mehr gesucht werden.
- Die Kooperation mit „JuristInnen für den Frieden“ könnte weiter führen.
- Seit April 2002 ist durch die Hinterlegung der 60. Ratzifizierungsurkunde der Weg frei für den International Criminal Court (Internationaler Strafgerichtshof), der auch Verbrechen wie das vom 9.11. künftig ahnden und Rückwirkungen auf nationales Recht haben wird.
- (Den Zusammenhang zu anderen Kodifizierungen wie Internationales Insolvenzrecht, Klimaabkommen oder Biowaffenkontrolle ist zu sehen; die USA werden auf Dauer nicht außerhalb dieses Regelwerks agieren können.)

#### Mein FAZIT:

Es ist Entscheidungszeit – Kairos-Zeit - wie selten zuvor.

Ich ende deshalb mit dem Zitat aus „Global Future“ von 1980, das ich auch in meinem FR-Beitrag unterbringen konnte. Carter gründete danach das Carter-Center für Zivile Konfliktbearbeitung, sein Nachfolger Reagan legte die Empfehlungen weg und rüstete brutal auf.

Wir beginnen wieder dort, wo wir etwa 1980 waren, nur auf viel gefährlicherem und bedrohlicherem Niveau, aber auch international gewachsen im Rahmen des Völkerrechts und der NGO-Bewegung; konkret mit dem

**Vorschlag von pax christi zur dreifachen Selbstverpflichtung von Gruppen im Rahmen der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt:**

- Für eine Stärkung und Reform der UNO
- Für eine konkrete Alphabetisierung in Gewaltfreiheit
- Für die Förderung eines konkreten Gerechtigkeits- und Friedensprojektes

Wann, wenn nicht jetzt, ist Kairos-Zeit, Zeit für einen aktiven, politischen, aufgeklärten Pazifismus!

Reinhard Voß

#### Hinweis:

Eine Dokumentation mit allen Texten der Diskussion auf den Text „Was bleibt vom Pazifismus“ von grünen Staatsminister im auswärtigen Amt Ludger Volmer in der Frankfurter Rundschau ist im Büro erhältlich. Mit Beiträgen von: Reinhard Voß, Horst Eberhard Richter, Eugen Drewermann, Wolfgang Sternstein, Bischof Noack, ...

#### Hinweis:

Die Texte der US-Amerikaner zum gerechten Krieg (nach dem 11. September - für und wider und die Antwort deutscher Intellektueller vom 2. Mai sind über die Bistumsstelle erhältlich.

#### Werkstätten für den Frieden. Impulse für Gruppen und Gemeinden

Unter diesem Titel hat MISEREOR eine hilfreiche Broschüre veröffentlicht – in Zusammenarbeit mit: AGEH, BDKJ, KAB, KBE, KDFB, kfd, Kolping, OeD, pax christi und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Misereor 2002)

Arbeitsheft mit 92 Seiten und CD-ROM; Best.Nr. 5 428 02 ( 7,50 Euro), zu bestellen bei: Misereor Medienproduktion, Postfach 1450, 52015 Aachen. Email: [postmaster@misereor.de](mailto:postmaster@misereor.de)

**Vorschlag für ein Selbstlernprogramm in 5 Einheiten à ca. 3 Stunden.**

Von Reinhard J. Voß

Meine ursprüngliche Idee, formuliert als Vision im Ökumenischen Informationsdienst Anfang 2001, war diese: Jede Kirchengemeinde hat eine „Werkstatt für Gewaltfreiheit“, so selbstverständlich wie sie einen Kirchenchor oder einen Liturgie-, einen Senioren- und Jugendkreis hat. MISEREOR hat die Idee aufgegriffen, fortgeführt und abgewandelt. Das vorliegende Material wurde maßgeblich durch Silvia Westendorf zusammen getragen und redigiert,

selbst Absolventin der Kurse des Schalomdiakonates und Trainerin eines 4-Monatskurses zum Zivilen Friedensdienst. Es ist ein Heft entstanden, das stärker als Anregung und Baustein-Heft für Multiplikatoren in der Bildungsarbeit gedacht ist und weniger direkt für Endverbraucher geeignet scheint.

Das Selbstlernprogramm ist bei der Bistumsstelle oder im Pax Christi Sekretariat in Bad Vilbel zu erhalten.

**Kurzmeldungen Nahost (I)****Forderung auf ungehinderten Zugang von Hilfsorganisationen zu den palästinensischen Gebieten**

Bundesentwicklungsministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul hat den sofortigen freien Zugang internationaler Hilfsorganisationen in die Autonomiegebiete von der israelischen Regierung gefordert. Die internationale Gemeinschaft dürfe der humanitären Katastrophe in der Westbank und im Gazastreifen nicht untätig zusehen. Nahrungsmittelhilfe und unabhängige Beobachter sollen deshalb in die palästinensischen Autonomiegebiete entsandt werden. Durch die Zerschlagung der Infrastruktur beende die israelische Armee nicht terroristische Aktionen, sondern schaffe neue Generationen von Terroristen.

**Aufruf an alle Diasporajüdinnen und -juden**

Ein Verzicht auf das eigene Rückkehrrecht nach Israel verbunden mit der Forderung, dass dieser Verzicht palästinensischen Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr zugute kommt, ist der Inhalt des bemerkenswerten Aufrufs. Die jahrelange Politik der Erniedrigung und Unterdrückung der Palästinenser hat zu dieser Initiative geführt. Der genaue Wortlaut des Aufrufs kann zur Unterzeichnung angefordert werden bei: Ruth Fruchtman,

E-mail: [fruchtmanberlin@aol.com](mailto:fruchtmanberlin@aol.com)

**Nahost****Massenverhaftungen und Folter in Palästina und Israel**

Die israelische Armee hat nach Angaben von Amnesty International zwischen dem 27. Februar und dem 20. Mai 2002 über 8.500 Palästinenser festgenommen. Einen ausführlichen Bericht darüber mit dem Titel „Israel and the Occupied Territories, Mass detention in cruel, inhuman and degrading conditions“ legte die Organisation am 23. Mai vor.

Die zweite Intifada gegen die israelische Militärbesatzung begann am 29. September 2001 mit Steine werfenden Demonstranten und mit Protesten, die von der israelischen Armee mit tödlichen Waffen (excessive use of lethal force) niedergeschlagen wurden. Bewaffnete palästinensische Gruppen begannen dann die Intifada zu dominieren. Bis Februar 2002 hatten sie 271 Israelis getötet, 196 davon waren Zivilisten, darunter 30 Kinder. Auf palästinensischer Seite waren es 860 Opfer, darunter 180 Kinder.

Nach dem 27. Februar 2002, während der ersten Phase des Einfalls der israelischen Armee in die besetzten Gebiete, in der die „Terror-Infrastruktur zerstört“ werden sollte, stieg die Anzahl der Selbstmordattentate. (Vor dem 27. Februar hatte vier Wochen lang Ruhe geherrscht.) 97 Israelis starben bis zum 20. Mai 2002 bei Selbstmordattentaten. Mindestens 320 Palästinenser, darunter 46 Kinder fielen im selben Zeitraum der „Terror-Infrastruktur-Bekämpfung“ zum Opfer.

Zwischen dem 27. Februar und dem 20. März, wurden etwa 2.500 Palästinenser verhaftet, von denen die meisten nach wenigen Tagen freigelassen wurden. Am 17. März waren davon noch 135 in Haft. Nach dem 29. März, dem Beginn der Operation Schutzschild wurden weitere 6000 festgenommen. Über 2000 wurden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Über 700 sind in „Administrativhaft“, d.h. sie werden vorbeugend ohne dass ihnen mitgeteilt wird, was gegen sie vorliegt, bis zu einem halben Jahr (Verlängerung ist möglich) festgehalten.

Nach internationalen Rechtsstandards sollte ein Häftling u.a. nicht willkürlich verhaftet werden, über seine Haftgründe informiert werden und einen Anwalt kontaktieren können. Seine Familie sollte über die Festnahme und den Ort, wo er festgehalten wird, informiert werden, er sollte zügig vor einen Richter geführt werden und mit Respekt behandelt werden.

Am 5. April 2002 erließ das Militär eine neue Verordnung. Danach kann ein Offizier einen Gefangenen bis zu 18 Tage einsperren lassen, wenn er den Verdacht hat, dieser könnte die Sicherheit gefährden. Nach den 18 Tagen kann ein Richter den Zeitraum auf bis zu 90 Tage verlängern. Bekommt ein Anwalt Zugang zu dem Gefangenen, muss ihm nicht mitgeteilt werden, welche Beweise es gegen den Inhaftierten gibt. Die Daten, die die Armee während der Operati-

on Schutzschild bekannt gab, von 4.185 Festgenommenen seien 121 „gesuchte militante Verdächtige“ deuten darauf hin, dass die Festnahmen willkürlich waren und ein Akt von Kollektivstrafe, heißt es im Amnesty-Bericht. Außerdem kritisiert amnesty Haftbedingungen und die Anwendung von Folter.

Einer der prominentesten Gefangenen ist der palästinensische Parlamentsabgeordnete Marwan Barghouti. Die Armee hat dazu im Internet eine Liste mit palästinensischen Belastungszeugen veröffentlicht. Barghouti hat in Birzeit Geschichte und Politik studiert und einen Abschluss in Internationalen Beziehungen. Sechs Jahre saß er bereits in israelischen Gefängnissen. Über damals erlittene Folter hat er in diesem Frühjahr zum ersten Mal öffentlich in der Washington Post geschrieben. 1987 wurde er deportiert. 1994 durfte der Anhänger des Oslo-Friedensprozesses wieder nach Palästina

Der 42-jährige Fatah-Nachwuchspolitiker hatte bereits einen gezielten Tötungsversuch, bei dem sein Auto völlig ausbrannte und Leibwächter umkamen, überlebt. Er wurde am 13. April 2002 von den israelischen

### Wer zum Schwert greift ...

Da unsere Zeitschrift einen längeren redaktionellen Vorlauf hat, weiß ich nicht, wie die Situation im „Heiligen Land“ aussieht, wenn Sie diese Zeilen lesen.

In den letzten Jahren sind von israelischen Politikern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit beachtliche

Streitkräften verhaftet. Am 18. April durfte ihn sein Anwalt besuchen. Danach wieder am 15. Mai. Barghouti klagt über Schlafentzug und über Schmerzen im Rücken und in den Händen. Er musste auf einem kleinen, nach vorne geneigtem Stuhl sitzen, bei dem in der Rückenlehne Nägel steckten, während seine Arme und Beine gefesselt waren. Die Menschenrechtsorganisation Law Society schreibt, dass es sich dabei um die „Shabeh“-Methode handelt. Außerdem werde Barghouti bedroht, sein Sohn sei in Haft und soll umgebracht werden. Am 28. Mai hat das „Public Committee Against Torture in Israel“ den Oberstaatsanwalt Elyakim Rubinstein aufgefordert, etwas zu unternehmen: „Wir fordern, dass Barghouti nach den Prinzipien von israelischem Gesetz und Grundrecht: Menschenwürde und Freiheit und gemäß den Normen und Standards, die durch internationale Abkommen gesetzt sind, die Israel unterzeichnet hat, verhört wird. Die Stärke eines demokratischen Staates und seine Gesetzesordnung wird in Kriegszeiten und im Angesicht des Feindes auf die Probe gestellt.“

Wiltrud Rösch-Metzler

Schritte der Verständigung mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn unternommen worden, doch nun will der „Falke“ Sharon all dies mit den Waffen hinwegfegen. Sein Besuch im vergangenen Jahr auf dem Tempelberg - gleichsam als Auftakt zum Wahlkampf, aus dem er

als Sieger hervorgegangen ist - war eine gewollte Provokation. Die Festsetzung Arafats im Hausarrest, die militärische Besetzung und die wirtschaftliche Demontage der autonomen palästinensischen Gebiete, die Ignorierung sämtlicher UN-Resolutionen, die offene Demonstration der militärischen Stärke, all dies soll die Palästinenser demütigen, um ihnen die Bedingungen für eine Koexistenz diktieren zu können oder das Leben als Nachbarn und „Lebensgefährten“ unmöglich zu machen. Das dient nicht dem Frieden, sondern lässt neue Kinder des Terrorismus heranwachsen. So verliert Israel immer mehr Freunde in der Welt und gefährdet auch das, was es mit Waffen erreichen will: seine eigene Sicherheit.

Hätten die Zeloten einst auf Jesu Mahnung gehört: „Wer zum Schwert

### Nahostkonflikt ohne Ende?

Deprimierend, jedoch nicht ohne Hoffnung war das, was man von der jungen Israelin Keren Assaf am 25. April im Eine-Welt-Haus zur Situation im Nahen Osten und im Speziellen zur israelischen Friedensbewegung hören konnte. Pax christi war einer der Veranstalter.

Zwei Wochen versuchte sie in Deutschland über die Situation in Israel zu informieren und traf dabei auf viel Verständnis und Unterstützung, wie sie sagte. Auch im Eine-Welt-Haus war das Interesse riesengroß, viele fanden keinen Platz mehr.

greift, der wird durch das Schwert umkommen“, der Tempel von Jerusalem stünde vielleicht heute noch. Statt dessen zeigen die Bilder auf dem Titusbogen in Rom, wie die Juden im Jahr 70 in die römische Sklaverei geschleppt wurden. Genauso wird heute Israel den Wahn Sharons und seiner Gesinnungs-genossen, einen Waffenstillstand herbeibomben zu wollen, mit schrecklichen Opfern bezahlen müssen. Hoffentlich wird die verhängnisvolle Politik des „totalen Kampfes“ bald beendet, denn sonst werden sich schlimme Dinge ereignen. Um das zu sagen, braucht man kein Hellseher zu sein, sondern nur an die Lebensweisheit Jesu zu denken.

P. Peter Hinsien (8. April 2002), Pax Christi Freising

Sie selbst wurde in Jerusalem geboren und wohnt heute in Tel Aviv. Ihre Großeltern waren aus Polen nach Israel eingewandert. Die meisten ihrer Vorfahren kamen im Zusammenhang mit dem Holocaust umgekommen. Vor diesem historischen Hintergrund versuchte sie, Verständnis für das Verhältnis Israels zu den Palästinensern zu wecken. Selbst für ihre Großeltern war der Holocaust nicht mit dem Ende des zweiten Weltkrieges zu Ende, im neuen Siedlungsgebiet sahen sie sich von den vielen dort lebenden Palästinensern verfolgt. So ist auch die Gleichsetzung

von Hitler mit Arafat bei vielen zu verstehen.

Aber hat ein Israeli jemals gesehen, wie die Palästinenser leben? Umgekehrt in welchen Situationen haben die Palästinenser die Israelis erlebt? Als Aufseher in ihrer Zeit in israelischen Gefängnissen, als Arbeitgeber wenn sie einen Job in Israel bekamen, nie aber in gleichberechtigten Situationen. Dazu passt auch das kleine Erlebnis, dass Keren an dieser Stelle schildert. Sie habe einem palästinensischen Freund vor einem Jahr einfach so die Hand gegeben, wie man das so unter Freunden macht. Und der hat ihr dann am nächsten Tag erzählt, dass er die ganze Nacht nicht geschlafen hat. Nie hat ihm ein Israeli vorher die Hand gegeben.

Nach den Verträgen in Oslo hatte selbst die israelische Friedensbewegung gedacht, man wäre auf dem richtigen Weg, den Palästinensern gehe es gut. Und dann kam diese zweite Intifada. Da war man erst einmal vor den Kopf gestoßen. Man versucht den Hass der Palästinenser zu verstehen. Die Reaktion der israelischen Armee bezeichnet Keren als Krieg, der umgehend beendet werden müsse. Die Mehrzahl der israelischen Bevölkerung will diesen Krieg nicht, sie will ein friedliches Miteinander zwischen

Israelis und Palästinensern in zwei souveränen Staaten. Jeder in Israel weiß, dass ein Frieden ohne die Aufgabe von den Siedlungsgebieten nicht herzustellen ist. Aber die Politiker werden diesen Frieden nicht schaffen. Hier muss der Druck aus der Bevölkerung stärker werden.

Was können wir tun war eine der ersten Fragen in der anschließenden Diskussion.

- Drücken Sie ihre Solidarität mit den inhaftierten israelischen Kriegsdienstverweigerern aus und schreiben sie ihnen;
- Fordern sie ihre Regierung auf, keine Waffen mehr nach Israel zu schicken;
- Boykottieren Sie Waren aus den Siedlungsgebieten; und
- Sorgen Sie dafür, dass es nicht zum Krieg gegen den Irak kommt, denn das wäre das Ende jeder Friedensträume im nahen Osten.

Waren die spontanen Antworten auf diese Frage.

Ein in Dschenin geborener Palästinenser meldete sich schließlich auch zu Wort und bemerkte, dass sich seine

Meinung zu Israelis sich nach dieser Veranstaltung grundlegend geändert hätte. Er hätte jetzt auch erstmals von der Angst der Israelis gehört und könnte sie auch etwas besser verstehen.

Martin Pilgram



## Shalom oder Salam im Heiligen Land?

### Eine persönliche Betrachtung und Stellungnahme von Ralph M. Deja

Wie oft bin ich schon verzweifelt gewesen, wenn ich im Fernsehen die fast täglichen Grausamkeiten aus dem Nahen Osten sehe, den man das „Heilige Land“ nennt? Und wer hat nun recht, auf wessen Seite stehe ich? Um es vorweg zu nehmen: Ich kann trotz besten Bemühens meine Emotionen nicht ausschalten.

Als das osmanische Reich am Ende des Ersten Weltkriegs zusammenbrach, entstanden mit Unterstützung des UNO-Vorläufers Völkerbund und der Siegermächte die heute bekannten arabischen Staaten Libanon, Syrien, Irak, Jordanien, Saudi-Arabien usw. Über das seit Römerzeiten als Palästina (Philister) bezeichnete Gebiet wurde England als Mandatsträger des Völkerbunds eingesetzt. England hatte 1917 sowohl den dort lebenden (und seither u.a. auch als Folge des Holocaust verstärkt einwandernden) Juden als auch den alt eingesessenen Arabern einen eigenen Staat versprochen.

Englands Politik lavierte zwischen den widerstreitenden Interessen hin und her und übertrug schließlich die Lösung auf die noch junge UNO. Diese beschloss 1947, das bis dahin britische Mandatsgebiet auf dem historischen Territorium Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen, beide etwa gleich groß entsprechend der damaligen Besiedlung durch die Volks-

gruppen. Groß-Jerusalem sollte als internationalisierte Zone von der UNO verwaltet werden, mit freiem Zugang zu den Heiligtümern der drei monotheistischen Religionen.

Die gewählten Gremien der jüdischen Bevölkerung stimmten zu. Nach dem Abzug der britischen Truppen am 14. Mai 1948 rief David Ben-Gurion den Staat Israel aus mit damals etwa 650.000 Einwohnern (heute 6 Millionen). Die umliegenden arabischen Staaten griffen Israel sofort an, welches jedoch mit sowjetischer und tschechischer Waffenhilfe der arabischen Übermacht erfolgreich trotzte. Dabei wurden auch ca. 700.000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben, oder sie folgten den Aufrufen der arabischen Staaten zur Flucht, damit man die Juden ungehindert ins Meer treiben könne. Als Ergebnis erstand der im Vergleich zum UNO-Teilungsplan viel größere Staat Israel in den international anerkannten Grenzen von 1949. Dabei wurde Jerusalem in den israelischen Westteil und den ab 1950 unter jordanischer Verwaltung stehenden arabischen Ostteil mit den monotheistischen Heiligtümern geteilt und durch eine unpassierbare Mauer getrennt.

Doch das Land kam nicht zur Ruhe und wurde wiederholt von arabischer Seite angegriffen. Bis zum Krieg von 1967 stand ich eindeutig auf der Seite Israels, dessen Existenzrecht von allen arabischen Nachbarn nicht nur verneint sondern aktiv militärisch be-

droht wurde. Ich jubelte, als 1967 die Mauer in Jerusalem fiel und die Stadt vereint wurde.

Mit der anschließenden militärischen Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens durch Israel, mit dem erst langsamen und dann immer schnelleren Bau von jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, mit der Annexion von Ost-Jerusalem und den Golan-Höhen, vor allem aber mit der Verelendung der Palästinenser in den besetzten Gebieten distanzierte ich mich innerlich von der Politik Israels und wandte mich dem Schicksal der Palästinenser zu, nicht ohne jemals das Recht Israels auf eine Existenz in sicheren Grenzen in Frage zu stellen. Die erste Intifada von 1988 war in meinem Augen ein legitimer Volksaufstand. Bei Pax Christi entwickelten wir das Konzept der doppelten Solidarität.

Mit den Verträgen von Oslo erwärmte ich mich wieder für Israel, weil es unter Rabin und Peres einen fairen Ausgleich nicht nur mit seinen unmittelbaren palästinensischen Nachbarn sondern allen arabischen Anrainern suchte. Welche Zukunftsperspektiven erschienen am Horizont? Friede, wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus, steigender Wohlstand, gerade für die deutlich ärmeren Palästinenser. Der aus Kippenheim in Baden stammende israelische Unternehmer Stef Wertheimer hatte bereits fertige Pläne für eine blühende Industrieregion in der Westbank, ähnlich der von Tefen in Galiläa. Wertheimer sah ein, dass es keinen Frieden geben kann, wenn zwischen Israel und Palästina eine Armutsgrenze verläuft.

Auch viele wohlhabende Exil-Palästinenser (überwiegend Christen) standen mit ihren Investitionsplänen bereit, ja hatten bereits damit begonnen.

Leider hatte dieser so genannte Friedensprozess Feinde auf beiden Seiten. Den jüdischen Siedlern in den besetzten Gebieten wurde klar, dass sie letztendlich mit der Aufgabe der Siedlungen einen persönlichen Preis für den Frieden zahlen müssten, ähnlich wie die Deutschen aus den heute polnischen Ostgebieten. Das wurde in den freien unzensurierten israelischen Medien ausgiebig und leidenschaftlich diskutiert. Und es gab Attentate von radikalen Siedlern gegen unschuldige Palästinenser. Dennoch waren und sind auch heute 90% der Israelis bereit, die Siedlungen aufzugeben.

Auf palästinensischer Seite gab und gibt es keine offene demokratische Gesellschaft, in der solche Themen diskutiert werden. Arafat wurde zwar demokratisch gewählt, blieb jedoch im Herzen immer ein Revolutionär, der in vielen Jahren des Kampfes vor allem gelernt hat, immer wieder seine eigene Haut zu retten (siehe Jordanien, Libanon). Die erste Intifada, von 1988, als Arafat noch im tunesischen Exil saß, weckte bei vielen Palästinensern auch die Hoffnung auf demokratische Strukturen, die sich unter dem heim gekehrten Arafat jedoch nicht erfüllten. Bald traten überzeugte Demokraten wie Hanan Ashrawi (auch eine Christin) aus Arafats Kabinett wieder aus.

Es bildeten sich im Prinzip zwei grundverschiedene Oppositionsgruppen. Den Demokraten war Arafat zu autoritär und korrupt, den Radikalen passte der ganze Friedensprozess mit Israel nicht, sie wollten die Juden wieder ins Meer jagen oder allenfalls als geschützte Minderheit in einem islamischen Groß-Palästina dulden. Diese Gruppen bekamen Oberwasser, als ein jüdischer Terrorist den damaligen Premier Yitzhak Rabin ermordete. Als dessen Amtsnachfolger Shimon Peres auf einer Woge der Popularität vorzeitige Neuwahlen ansetzte, um sich ein eigenes Mandat vom israelischen Volk zu holen, griffen Hamas und Jihad mit Bombenterror in den israelischen Wahlkampf ein. Auf diese Weise bombten sie den rechtsradikalen Benjamin Netanjahu, der gar nichts von einem eigenständigen Palästinenserstaat hält, an die Macht. Präsident Arafat konnte oder wollte diese Entwicklung nicht verhindern.

Die Politik Netanjahus war entsprechend. Er verzögerte mit Tricks und immer neuen Finten den in Oslo vorgezeichneten Zeitplan, bis er nicht nur den größten Teil der Welt – vor allem der USA unter Bill Clinton – sondern auch des israelischen Volks gegen sich aufbrachte. Er verlor die nächste Wahl gegen Ehud Barak, der den Israelis einen echten Frieden versprach, auch wenn dieser schmerzhaft Konzessionen erfordern sollte.

Barak schritt zügig zur Umsetzung seiner Wahlversprechen. Als erstes beendete er die Besetzung im Südl-

banon, obwohl die meist christlichen Bewohner des Südens die Israelis auch als einen Schutz vor der schiitischen Hisb'Allah ansahen. Israel bot daher vielen Soldaten der Südlibanesischen Armee und deren Angehörigen Asyl in Galiläa.

Als nächstes begannen die Friedensgespräche von Camp David. Am Ende dieser Gespräche stand das Nein von Arafat, der sich auch durch die Nachverhandlungen im ägyptischen Taba nicht umstimmen ließ. Vielleicht war es ein Fehler von Barak, auf jeden Fall noch zur Amtszeit von Clinton zu einer umfassenden und endgültigen Regelung zu kommen, so als ob der unter Netanjahu entstandene Zeitverlust wieder aufzuholen wäre. Aber er hat es immerhin versucht.

Was lag von israelischer Seite auf dem Tisch?

Eine Anerkennung des Prinzips „Land für Frieden“, ein Abbau aller Siedlungen im Gaza-Streifen und aller zerstreuten Siedlungen in der Westbank. Für die nahe dem israelischen Kernland gelegenen Siedlungsblöcke sollte es einen Gebietsaustausch geben. Demnach hätte der palästinensische Staat über ca. 96% des von den Palästinensern offiziell beanspruchten Territoriums (nicht des von den Radikalen beanspruchten Groß-Palästina, also Israel plus Westbank plus Gaza) verfügt.

Außerdem sollte es zwischen den Landesteilen Westbank und Gaza eine für Palästinenser sichere Stra-

Benverbindung (safe passage) ähnlich der früheren Autobahnverbindungen durch die DDR nach Westberlin geben. Diese Straße durch Israel hindurch wurde bereits kurzfristig eingeweiht, in Folge der zweiten Intifada aber wieder geschlossen. Sie hätte etwa 2% des Territoriums ausgemacht, das addiert zu 98%.

Auch für die emotional schwierigsten Probleme lag ein Konzept auf dem Tisch, die Aufteilung von Jerusalem und die Lösung der Flüchtlingsfrage.

Der bis zum Krieg von 1967 von Jordanien verwaltete arabische Teil sollte die Hauptstadt von Palästina werden, mit 2 Einschränkungen: Freier und unkontrollierter Zugang für die Juden zur westlichen Stützmauer des salomonischen Tempels (Klagemauer) und die Zusage der Palästinenser, auf dem unter moslemischer Verwaltung (Waqf) stehenden Plateau des Tempelbergs keine Ausgrabungen vorzunehmen, um das unter dem Berg vermutete Allerheiligste des im Jahre 70 von den Römern zerstörten jüdischen Tempels nicht zu entweihen. Das waren dann fast 100% des Territoriums von vor 1967, wenn auch nicht in exakt den gleichen Grenzen.

Israel war bereit, öffentlich anzuerkennen, dass viele Palästinenser im Unabhängigkeitskrieg von 1948 nicht nur freiwillig aus ihren heute in Israel liegenden Heimatorten geflohen sondern auch mit Macht von den israelischen Truppen vertrieben worden waren, und sich dafür bei den Opfern zu entschuldigen. Viele Pa-

lästinenser sind aber auch im 1948 gegründeten Staat Israel geblieben. Etwa 1 Million der israelischen Staatsbürger sind Araber mit eigenen Abgeordneten in der Knesset, dem israelischen Parlament. Sie leben hauptsächlich in Galiläa (z.B. 1/3 der Einwohner von Haifa) und um Beersheva, wo auch Beduinen wohnen. Arabisch ist neben Hebräisch Amtssprache, wie man auf den Geldscheinen und Briefmarken sehen kann.

Von den damals etwa 700.000 Flüchtlingen, die inzwischen auf 3,5 Millionen angewachsen sind, wollte Barak zwischen 100.000 und 200.000 im Wege der Familiensammenführung wieder in ihre (heute israelische) Heimat lassen. Wesentlich mehr kann Israel nicht integrieren, ohne seine Identität aufzugeben. Auch für die Juden in der weltweiten Diaspora ist der Staat Israel die einzige Versicherung gegen einen neuen Holocaust. Die anderen Flüchtlinge bzw. deren Nachkommen sollten finanziell entschädigt werden, u.a. auch mit den von den abziehenden jüdischen Siedlern frei gegebenen Wohnungen und Häusern.

So nah waren sich die beiden Seiten noch nie gekommen in ihrer 100-jährigen Geschichte des Kampfes. Warum hat die palästinensische Seite das bis dahin Erreichte nicht wenigstens festschreiben wollen? Warum gab es kein bedingtes „JA, aber“ mit einem Gegenvorschlag? Noch nicht gelöst beim erneuten Abbruch der Gespräche durch Arafat waren Fragen der Sicherheit an den Au-

ßengrenzen des Staates Palästina, speziell im Jordangraben, sowie die Frage der Lufthoheit und der Bewirtschaftung der im Nahen Osten knappen Wasservorräte. Doch dafür blieb keine Zeit mehr, denn inzwischen hatten zwei Ereignisse eine eigene unheilvolle Dynamik entwickelt.

Der von Ariel Sharon bewusst als Provokation gedachte Besuch auf dem Tempelberg gab den kampfbereiten radikalen Kräften der Palästinenser endlich einen Vorwand, die so genannte Al-Aqsa Intifada loszutreten. Diese ist jedoch kein Volksaufstand mehr wie die erste, sondern ein kühl geplanter und systematisch eskalierter terroristischer Kampf um Groß-Palästina. Die Steine werfenden Kinder sollten die Weltöffentlichkeit an die erste Intifada erinnern, sie waren jedoch nur zynisches Kalkül der Hintermänner, die auch leicht verführbare Jugendliche aus den tatsächlich miserablen Flüchtlingslagern für Selbstmordattentate rekrutieren. Die armen Familien dieser „Märtyrer“ wurden von Sadam Hussein mit je 10.000, später 20.000 US-Dollar „belohnt“.

So wurde mit Sharon wieder ein Rechtsradikaler in Israel an die Macht gebombt. Ein Mann, dem ein israelisches Gericht nach den Massakern von Sabra und Shatila im Libanon auf Lebenszeit das Recht verweigert hat, noch einmal Verteidigungsminister zu werden. Jetzt ist er der Chef des Verteidigungsministers, der trotz aller Friedensrhetorik nicht die Absicht hat, ernsthaft über einen lebensfähigen Palästinenserstaat zu

verhandeln. Der aber auch nachweisen konnte, dass Arafat den Terror nicht nur geduldet sondern sogar finanziell gefördert hat. Spätestens nach dem Seder-Attentat in Netanya mit 29 Toten musste Sharon militärisch handeln. Das hätte ein Premier Peres genauso getan. Wir jammern zu Recht den Millionen in die palästinensische Infrastruktur geflossenen EU-Geldern nach, die von Israels Armee zerstört wurden. Wir müssen aber fairerweise auch den EU-Geldern nachweinen, die in die korrupten Taschen der Arafat-Kamarilla sowie in die Finanzierung des Terrors geflossen sind.

Was bleibt denn angesichts zweier in einander verkrallten und zum Frieden unfähigen Parteien (ich rede nicht mehr von Partnern) zu tun? Sharon hat nach der Militäraktion kein politisches Konzept, keine diplomatische Strategie. Wir müssen daher auf israelischer Seite den Friedenskräften (Gush Shalom, Shalom Achshav, usw.) den Rücken stärken. In einer Demokratie erfolgen die notwendigen Änderungen nur über den öffentlichen Diskurs und freie Wahlen. Internationaler Druck und gute Ratschläge unter Freunden (siehe Joschka Fischer) können ebenfalls helfen. Auch der von mir früher sehr geschätzte Shimon Peres sollte mit seiner Arbeitspartei die jetzige Koalition sofort verlassen, wenn er einen Rest an Glaubwürdigkeit behalten will.

Auf palästinensischer Seite muss gleichzeitig eine Demokratisierung der feudalen Strukturen und Instituti-

onen (Gewaltenteilung, Neuwahlen, transparente Strukturen, einheitlicher Sicherheitsapparat, Arafat höchstens als symbolischer Präsident ohne Exekutivbefugnisse) erfolgen, außerdem die Verfolgung, Aburteilung und sichere Verwahrung der Terroristen. Das wäre dann die erste Demokratie in einem arabischen Staat überhaupt. Dieser Prozess muss ideell und finanziell von der Weltgemeinschaft unterstützt werden.

## Kurzmeldungen Nahost (II)

### Die israelische Friedensbewegung schließt sich zusammen

Zu einem gemeinsamen Friedensmarsch gegen die Politik Sharons und für das Ende der israelischen Besetzung haben sich am 27. April die Friedensgruppen zu einer Jüdisch-Arabischen Koalition zusammengefunden. An der Kundgebung nahmen teil: Balad, Gush Shalom, DuSiach, Israeli Committee Against House Demolitions, HaCampus, Lo Shotek, The Association of Arab Students, Hadash, Yesh Gvul, Kviva Sh'hora, Neve Shalom, ForumSmol, KolEzrahea, Ta'ayush – Arab-Jewish Partnership, Coalition of Women for Peace (Bat-Shalom, The Fifth Mother, Machsom Watch, Women in Black, Noga, Neled, New Profile, Tandi) und weitere Friedensorganisationen. Weitere Aktionen sind geplant. Fotos vom Marsch und Informationen unter [www.gush-shalom.org](http://www.gush-shalom.org)

Wir bei Pax Christi und wir Deutsche überhaupt können den dialogbereiten Kräften auf beiden Seiten bei uns eine Plattform für Begegnungen bereiten. Und lasst uns das Beten nicht vergessen zum Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der auch der Gott Jesu und Mohammeds ist. Der versteht alle Sprachen, ganz gleich ob wir um Shalom, Salam oder Frieden bitten.

München, Pfingsten 2002 / Shavuoth 5762

### Aufruf zur Mitverantwortung für das Heilige Land

Polnische Juden, Christen und Moslems, die am interreligiösen Dialog teilnehmen, unterstützen gemeinsam die Erklärung von Aleksandrien. „Wir solidarisieren uns mit den Palästinensern, die meinen, dass Israel ein Recht auf Existenz hat, sowie mit den Israelis, die meinen, dass die Palästinenser ein Recht auf ihren Staat haben.“ Der Wettstreit von Gewalt und Hass droht in beiderseitigem Selbstmord zu enden. Das Ziel muss deshalb Versöhnung sein. Die Suche nach einem gerechten Frieden, nicht nur in Israel, soll durch eine Internetplattform gefördert werden. Informationen über Initiativen, Ereignisse und Aktivitäten können an [fundacja@znak.com.pl](mailto:fundacja@znak.com.pl) geschickt werden.

### Sharons Plan: Vertreibung der Palästinenser über den Jordan

Der führende israelische Historiker Martin van Creveld unterstellt Sharon konkrete militärische Pläne zur Ver-

treibung der Palästinenser. Er sagt voraus, dass ein US-Angriff auf den Irak oder eine spektakuläre terroristische Aktion in Israel eine massive Mobilisierung auslösen könnte. In einer darauf folgenden militärischen Operation, die nach Schätzung von Experten nur acht Tage dauern würde, könnte Israel die besetzten Gebiete von den zwei Millionen Arabern „reinigen“. Die Zustimmung jüdischer Israelis für eine Vertreibung sei in den letzten zwei Jahren von 8% auf 44% gestiegen. Die internationale Gemeinschaft würde diese ethischen Vertreibung nicht verhindern und auch die USA würde seiner Meinung nach nicht intervenieren. Teil des militärischen Strategieplans sei unter anderem auch der Einsatz der drei ultramodernen U-Boote, die Deutschland an Israel geliefert hat.

### Zeichen zur Stärkung der Menschenrechte

Die Organisation „Rabbiner für Menschenrechte“ (RFM) hat die Pfarrer Georg-Fritze-Gedächtnisgabe 2002 erhalten. Die Laudatio hielt die Palästinensische Professorin Sumaya Farhat-Naser. Stellvertretend für die Vereinigung nahm Rabbiner Jeremy Milgrom die Ehrung des Kirchenkreises Köln-Mitte an. RFM wurde 1988 als Reaktion auf israelische Menschenrechtsverletzungen während der Intifada gegründet und ist derzeit die einzige Vereinigung in Israel, die die jüdische Tradition der Achtung der Menschenrechte fortführt. Ihr gehören rund 100 reformierte, ortho-

doxe, konservative und rekonstruktive Rabbiner an.

### missio ruft zu Friedensgebeten für das Heilige Land auf

Zum regelmäßigen Shalom-Gebet für Frieden und Versöhnung im Heiligen Land hat missio aufgerufen. Christliche Gemeinden und Ordensgemeinschaften sollen damit die Initiative des Papstes weiterführen, auf dessen Einladung auf dem Friedensgipfel in Assisi Hinduisten, Buddhisten, Muslime, Juden, Anhänger afrikanischer Naturreligionen und Christen gemeinsam um Weltfrieden gebetet hatten.

### Fasten für den Frieden

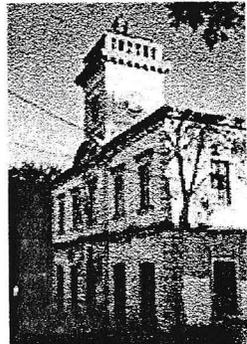
Der Internationale Versöhnungsbund und der Bund für Soziale Verteidigung in Minden rufen zu einem „weltweiten Fasten zur Beendigung des Tötens in Palästina und Israel“ auf. Das durch den individuell langen Fastenprozess eingesparte Geld für Lebensmittel, soll für humanitäre Zwecke zur Versöhnung der Fronten in Palästina gespendet werden. Informationen beim Versöhnungsbund, Tel. 0571-850875, E-mail: [versoehnungsbund@t-online.de](mailto:versoehnungsbund@t-online.de) und Bund für Soziale Verteidigung, Tel. 0571-29456, E-mail: [soziale\\_verteidigung@t-online.de](mailto:soziale_verteidigung@t-online.de)

## Begegnungen über ethnische Grenzen hinweg

### Nachkriegszeit in Kroatien

Zwischen Kroaten, Serben und Bosniaken herrscht immer noch Misstrauen. Der Krieg von 1991 bis 1995 hat in Kroatien tiefe Wunden geschlagen. Die Grenzen zwischen den Ethnien sind nur schwer zu überwinden. Katja Hartmann, die in den vergangenen zwei Jahren für ein Friedensprojekt von Pax Christi Aachen in Benkovac gearbeitet hat, versteht sich als Grenzgängerin und weigert sich, die Menschen nur in nationalen Schablonen zu sehen.

### Äußere und innere Kriegswunden



Rathaus von Benkovac

Das Friedensprojekt von Pax Christi Aachen befindet sich in Norddalmatien in der Kleinstadt Benkovac. Äußerlich verschlafen wirkend, hat Benkovac eine wichtige Rolle gespielt, als sich von seiner Kaserne 1991 die jugoslawische Volksarmee auf den Weg gemacht hat, das sogenannte «Krajina Gebiet» zu besetzen, nachdem sich Kroatien aus dem Staatenbund gelöst und als selbstständige Republik erklärt hatte. Vor dem Krieg lebten hier Serben und Kroaten in etwa gleichen Teilen zusammen, noch heute schwärmt man von Titos Zei-



Besuch einer Pax-Christi Gruppe in Benkovac

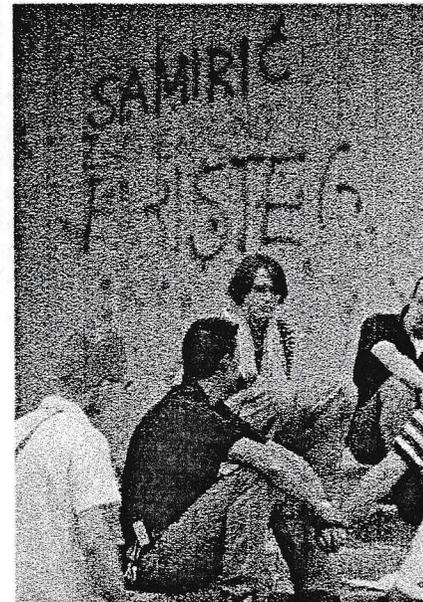
ten, in denen Prosperität, Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft das Zusammenleben bestimmt haben sollen.

Von all dem ist heute nur wenig zu spüren. Nach der Rückeroberung der besetzten Gebiete durch die Militäraktion «Sturm» 1995, hat sich die hier ansässige Bevölkerung auf die Hälfte reduziert, die serbische Bevölkerung ist größtenteils abgewandert. Angesiedelt haben sich bosnische Kroaten, die wiederum aus Bosnien vertrieben worden sind. Die Ressourcen sind äußerst knapp, weder gibt es gesicherte Eigentums- und Wohnverhältnisse, noch genügend Arbeitsplätze. Die staatlichen Sozialleistungen können kaum die Existenz sichern. Zu der zerstörten Infrastruktur, den kaputten Häusern und der brachliegenden (Land)Wirtschaft

kommen die inneren Wunden des Krieges. Es herrscht großes Misstrauen zwischen den kroatischen, serbischen und bosnischen Bevölkerungsgruppen.

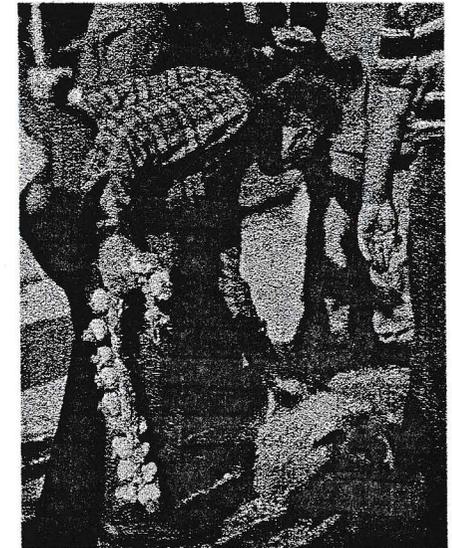
### Innere Parteilnahme raubt die Handlungsfreiheit

Der intrakulturelle Dialog zwischen den Völkern des ehemaligen Jugoslawiens ist abgebrochen. Und hier setzt das Pax Christi Friedensprojekt an, welches zu Toleranz, Frieden und Versöhnung zwischen den verschiedenen Ethnien beitragen möchte. Auf das Machbare zurückgeschraubt, heißt das, Begegnungen



Katja Hartmann im Gespräch mit Kriegsveteranen

zu ermöglichen, Menschen zusammenzubringen, Raum für Gespräche anzubieten.



Alltag auf dem Viehmarkt in Benkovac

Wenn man von außen kommt, ist man nicht in den Konflikt verwickelt, hat man zunächst eine neutrale Position. Das Allerschwierigste liegt darin, sich diese Position zu erhalten. Zugang zu Menschen anderer Kulturen findet man ja gewöhnlich, indem man sich kennen lernt, etwas voneinander erzählt, langsam Vertrauen entsteht. In Kroatien habe ich die Erfahrung gemacht, dass der Zugang zu den Menschen nicht nur davon abhängt, wie der Kontakt selber ist, sondern auch wesentlich davon, mit wem ich darüber hinaus auch noch Kontakt habe. «Wenn Ihr mit unseren Leuten etwas machen wollt, dann müsst Ihr erst mal bei den serbischen Vermietern ausziehen», bekamen wir vom Vertreter der bosnischen Kroaten zu hören, als wir unser Community Building Projekt in Benkovac gestartet haben. Im Gegenzug reagierten z.B. unsere serbi-

schen Voluntäre zunächst misstrauisch, als ich im kroatischen Kirchenchor zu singen begann. Ob nun subtil oder direkt, ständig wurde man aufgefordert, Position zu beziehen, sich zu verbrütern gegen eine der anderen Ethnien. Genau hier lagen die Fallstricke, besonders am Anfang. Denn bereits durch eine innere Parteinahme nimmt man sich die Handlungsfreiheit, landet dann in einem «Lager» und kann den Kontakt zum anderen «Lager» nicht mehr wahrnehmen. Geschieht das, kann man das Spezifische seiner Rolle nicht mehr nutzen, den Vorteil nämlich, dass man am Konflikt nicht beteiligt war. Vielmehr schneidet



Bootsfahrt vor Biograd

man sich die prinzipielle Dialogbereitschaft von allen Seiten ab. Natürlich reicht es nicht allein, Neutralität zu signalisieren. Besonders wichtig war es, wirkliches Verständnis für die

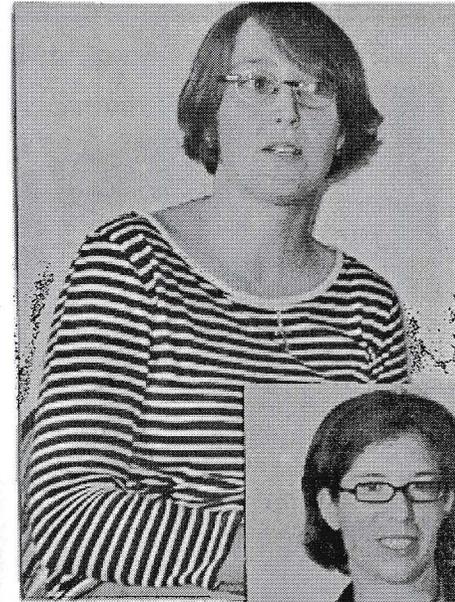
jeweilige Position zu entwickeln, vorurteilsfrei auf alle Beteiligten zuzugehen, z.B. sich einzufühlen in die Beweggründe hinter den zunächst abschreckend wirkenden nationalistischen Parolen.

### Für alle Seiten offen

Ich würde unsere Position als die eines Grenzgängers bezeichnen, der mit Menschen verschiedener Ethnien zu tun hat. Ein Grenzgänger verbindet indirekt und überwindet damit wenigstens kurzzeitig Festgelegtes, Festgeschriebenes, Festgefahrenes. Als Grenzgänger wohne ich bei serbischen Vermietern, singe ich im kroatischen Kirchenchor, sitze mit kroatischen Kriegsveteranen im Café und verhandle mit der nationalistischen HDZ Gemeinde über eine Raumnutzung für ein Internetcafé, wobei unsere derzeitigen lokalen Mitarbeiter aus Bosnien stammen. Das ist die Seite, die sich nach außen zeigt.

Innerlich ist Grenzgängertum eine Gratwanderung, erfordert ständige Arbeit an sich selbst, nämlich für alle Seiten offen zu bleiben, sich nicht in Täter-Opfer Bildern zu verfangen, sich in die jeweilige Position des Gegenübers einfühlen zu können, ohne sie jedoch zu übernehmen. Grenzgängertum bedeutet auch Annahme des Hasses auf den Nachbarn, Verständnis dafür, wie es so weit kommen konnte, und Geduld, dass man momentan mit dem Anderen nicht direkt kommunizieren kann.

Grenzgängertum bringt auch ein Stück Einsamkeit mit sich, weil man keiner Seite angehört; kostet Ü-



Katja Hartmann und Michaela Seitz

berwindung, weil man immer wieder bereit sein muss, sich unbeliebt zu machen, indem man auch die andere Seite be-/aufsucht.

Als Grenzgänger weigere ich mich, die Grenzen als unüberwindbar anzuerkennen, weigere ich mich, Menschen nur in (nationalen) Schablonen zu sehen. Aus dieser Position suche und sehe ich, was allen Menschen gemeinsam ist, was auf allen Seiten mit dem Krieg verbunden ist: die zugrunde liegenden Existenzängste, die immer wieder hochkommenden traumatischen Erlebnisse, die Schwierigkeit irgendjemandem zu vertrauen, die Sehnsucht nach ökonomischer Sicherheit

und noch vieles mehr. Und meiner Meinung nach ist es gerade diese Einsicht, die einzuholen ist und die bislang fehlt, dass es den Menschen auf der anderen Seite genauso ergangen ist, wie einem selbst, dass das Leiden am Krieg dasselbe ist und die Menschen hinter allen Fronten verbindet.

### Unüberwindbare Grenzen auf ewig?

Leider lagen hier auch die Grenzen des Möglichen in unserer Arbeit. Eine direkte Brückenfunktion, die Mediatoren nennen es «Shuttle Diplomatie», wurde uns nicht zugestanden, sei es dass die Wunden des Krieges noch zu frisch sind, sei es, dass das Vertrauen zu uns als ausländischer Friedensbewegung noch heranwachsen muss. Vielleicht können unsere Projektnachfolgerinnen schon mehr in den Gruppen über die ge-

meinsamen Erfahrungen des Krieges reden.

Meine Kollegin Michaela Seitz und ich haben viel Zeit investiert das Feld zu bereiten, auf dem ein gemeinsames Gespräch überhaupt wieder möglich wird. Unser Oberziel war es, Menschen wieder an einen Tisch zu bringen. Als wir vor einem Jahr das Community Building Projekt „Colore“ angefangen haben, haben wir uns bewusst entschieden, nach der eth-

nischen Zugehörigkeit nicht mehr zu fragen. Stattdessen haben wir die Menschen in einer Umfrage nach ihren Ressourcen, Interessen und Fähigkeiten gefragt, nach dem, was sie gemeinsam haben, was sie verbindet. Es erstaunt sogar die Einheimischen, dass die Frage der Ethnizität bei uns nicht mehr auftaucht. So wurde meine Kollegin gestern noch von einem kroatischen Trainer gefragt, wie denn die Gruppe ethisch zusammengesetzt sei, mit der sie arbeite. «Ich weiß es nicht», hat sie geantwortet, «wir haben einfach alle eingeladen, die sich für Computer interessieren und mit diesen Menschen versuchen wir nun gemeinsam etwas aufzubauen, etwas, was für alle offen steht». Vielleicht doch eine Möglichkeit über Grenzen hinweg Begegnungen zu schaffen.

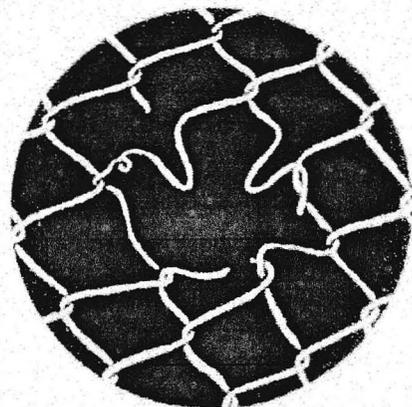


Vor dem Büro in Benkovac

**Katja Hartmann**

*Die Diplompsychologin Katja Hartmann arbeitete zwei Jahre lang in einem Friedensprojekt von Pax Christi Aachen in Benkovac/Kroatien. Vermittelt wurde sie von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH). Anfang dieses Jahres ist sie nach Deutschland zurückgekehrt.*

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.: Contacts



## Schnipsel

### Aachener Friedenspreis 2002

(SZ 8.5.02) Den diesjährigen Aachener Friedenspreis bekamen die amerikanische Kongressabgeordnete Barbara Lee und der Siegener Lehrer Bernhard Nolz. Beide erhielten die Auszeichnung für ihr Eintreten für Frieden und gegen militärische Vergeltung nach dem 11. September. Beide haben direkt nach den Anschlägen von New York und Washington zu besonnenen Reaktionen aufgerufen und dabei auch persönliche Nachteile in Kauf genommen.

Die seit Jahrzehnten in der internationalen Friedensbewegung aktive Barbara Lee hatte am 14. September 2001 als einzige von 421 Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses gegen weit reichende Vergeltungs-

ermächtigungen für Präsident George W. Bush gestimmt. In der emotionsgeladenen Debatte hatte sie ihre Abgeordnetenkollegen aufgefordert, die katastrophalen Auswirkungen eines Krieges stärker zu bedenken. Dafür ist sie beschimpft und bedroht worden.

Der Siegener Lehrer Nolz hatte Ende September auf einer Schülerdemonstration heftige Kritik an den USA und deren nach seiner Meinung ungerechten „Vergeltungskrieg“ geübt. Daraufhin war Nolz zunächst vom Schuldienst suspendiert und nach einer Solidarisierungsaktion zahlreicher Kollegen und pazifistischer Gruppen schließlich an eine andere Schule versetzt worden.

### Westfälischen Friedenspreis

(8.6.2002) In diesem Jahr fiel die Wahl der Jury auf Carla Del Ponte, die Chefanklägerin beim UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Den Jugendpreis erhält die Jugendgruppe "Schüler Helfen Leben".

### Carla Del Ponte - Friedenshoffnung für künftige Generationen

Del Ponte, 1947 in Lugano/Schweiz geboren, war als Anwältin und Notarin tätig und wurde 1985 Staatsanwältin in ihrer Geburtsstadt. Sie engagierte sich im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, Drogen- und Waffenhandel. 1993 wurde sie schweizerische Bundesanwältin und damit

oberste Strafverfolgerin des Landes. Im August 1999 wurde sie auf Vorschlag von UN-Generalsekretär Kofi Annan vom Weltsicherheitsrat zur neuen Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals für das frühere Jugoslawien in Den Haag ernannt. Besonderes Aufsehen erregte die Juristin durch die Anklage gegen den früheren jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milošević.

### Schüler Helfen Leben - die solidarische Brücke aus der Mitte Europas in den Balkan

Wenige hundert Kilometer Luftlinie trennten in Europa Frieden und Wohlstand von Krieg und Zerstörung.

Das wollten 1992 einige Schülerinnen und Schüler aus Bad Kreuznach nicht länger als tragische Gegebenheit hinnehmen. Sie nahmen sich zum Ziel, den Menschen im ehemaligen Jugoslawien zu helfen und so ih-

### Nach der Friedensdividende die Terrordividende

(28.5.02) – Nach Berichten des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) ist weltweit eine neue Aufrüstungsrunde in vollem Gange. Vor allem die USA, die mit Abstand größte Militärmacht, hätten die Militärausgaben massiv erhöht und ihre Rüstungsmaschinerie angekurbelt. Nach einer Dekade der weltweiten Kürzungen in diesem Bereich deute nun alles auf eine Stagnation von Abrüstung und Konversion hin. Der Trend zur Aufrüstung werde im Jahr 2002 dazu führen, dass bei den weltweiten Militärausgaben das Niveau von 1992 wieder erreicht werde. Wird dieser Aufwärtstrend fortgeschrieben, wird im Jahr 2010 der bisherige historische Höchstwert des Kalten Krieges von 1987 überschrit-

### Deserteure werden rehabilitiert

#### Bundestag beschließt, NS-Unrechtsurteile aufzuheben

Die Bundestagsmehrheit von SPD, Grünen und PDS hat am 17.5. nationalsozialistische Unrechtsurteile gegen Homosexuelle und Deserteure pauschal aufgehoben.

(17.5.02) Eigentlich will man es kaum glauben, dass sich der deutsche Gesetzgeber 57 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs doch noch durchringen konnte, die zur NS-

rer Forderung nach einem Ende des Krieges, der Vertreibung und Miss-handlungen Nachdruck zu verleihen. Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Vielfalt stehen seit jeher bei den Jugendlichen im Vordergrund.

ten werden. Die globalen Militärausgaben werden laut Jahresbericht des BICC in diesem Jahr bei etwa 960 Milliarden Euro liegen.

Schon vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist in den USA eine neue Aufrüstungsrunde eingeleitet worden. US-Präsident George W. Bush habe eine Erhöhung des Verteidigungsetats von 310 Milliarden Dollar (2001) auf 353 Milliarden Dollar (2002) durchgesetzt. Die Ereignisse des 11. September haben diesen Trend drastisch verstärkt. Im Jahr 2003 solle der Haushalt auf 396 Milliarden Dollar gesteigert werden. Mit 353 Milliarden Dollar werden die USA laut Bericht zwölf Mal so viel ausgeben wie Deutschland.

Zeit wegen Desertion, Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung (in aller Regel zum Tode) Verurteilten pauschal zu rehabilitieren. Die Diskussion, von wenigen Überlebenden immer verlangt, hatte schon Mitte der siebziger Jahre begonnen. Doch damals behielten die Formaljuristen die Oberhand. Schließlich konnte "heute nicht Unrecht sein, was damals Recht war"- wie der ehemalige Marinerichter und spätere Minister-

präsident Baden-Württembergs, Hans Filbinger, eigene einschlägige Urteile gerechtfertigt hatte.

Für die SPD war man den NS-Opfern diese neue Regelung schuldig. Wer zur NS-Zeit aus ideologischen oder rassistischen Gründen verurteilt wurde, sollte nicht länger mit dem Makel des Verurteilten leben müssen. Das neue Gesetz rehabilitiert NS-Opfer, die wegen Desertion, Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung verurteilt worden seien, "vollständig". Die Ein-

zelfallprüfung und die damit verbundene schwierige und als unzumutbar empfundene Beweisführung belaste sie nicht länger.

Mit dem Gesetz erfahren verurteilte NS-Deserteure und verfolgte Homosexuelle nach Ansicht der Grünen späte Gerechtigkeit, ihnen werde die Ehre zurückgegeben. Die PDS plädierte dafür, auch Urteile wegen "Kriegsverrats" - den Seitenwechsel vom Aggressor zu Verteidigern und Befreiern - aufzuheben.

### Warum habt ihr Angst – ökumenische Friedensdekade 2002

Die Materialien für die Friedenswoche sind zu beziehen über: Knotenpunkt e.V., Beller Weg 6, 56290 buch, Hunsrück, tel.:06762-2261,

fax: 06762-2995, e-mail: [knotenpunkt@t-online.de](mailto:knotenpunkt@t-online.de), [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de).

### Kurzmeldungen Nahost (III)

#### Unterstützung für Traumaopfer

Die Anzahl traumatisierter Menschen im israelisch-palästinensischen Konflikt steigt täglich. Dan M. Schachter, ein Psychologe aus Jerusalem, ruft deshalb zur Unterstützung der Organisationen auf, die sich um die Traumaopfer auf beiden Seiten kümmern. In der Arbeit sieht Schachter einen Beitrag, um den Zirkel von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen. Informationen über Hilfsmöglichkeiten und die Organisationen über

E-mail: [danlora@netvision.net.il](mailto:danlora@netvision.net.il)

#### Kein Heiligtum ist mehr wert als ein Menschenleben

Mit diesen Worten verweist der palästinensische Befreiungstheologe

und Friedenspreisträger Elias Chacour auf die dramatische Situation in der Jerusalemer Geburtskirche. Die Symbolkraft einer solchen Stätte dürfe nicht für Propagandazwecke missbraucht werden. Christen in aller Welt müssten über die Massaker an Palästinensern und über die Terroranschläge gegen Juden mehr geschockt sein, als über die Zuflucht einiger Palästinenser in der Kirche. Nach Auffassung Chacours gibt es unter Ministerpräsident Sharon und einem US-Präsidenten Bush nur wenig Hoffnung auf Frieden. Die USA seien nur an ihrem Kampf gegen Terrorismus interessiert, den sie einseitig auf palästinensischer Seite sehen. Auch das gewaltsame Vorgehen der israelischen Armee schaffe statt Frieden nur den Terror von morgen, so der Priester und israelische Staatsbürger Chacour.

## Blick ins Internet

[www.paxchristi.net](http://www.paxchristi.net)

Die Internetseite von pax christi International. Hier können auch die monatlichen Newsletter abonniert werden.

Wir sind weiter unter [www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi](http://www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi) zu erreichen. Ihr findet die deutsche Sektion unter [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de).

### Infos zu/aus Israel/Palästina:

[www.newprofile.org](http://www.newprofile.org).

Gruppe feministischer Frauen und Männer, sind davon überzeugt, dass wir nicht in einem Soldatenstaat leben müssen

[www.gush-shalom.org](http://www.gush-shalom.org)

1992 von u.a. Uri Avnery gegründet, kern der heutigen israelischen Friedensbewegung, Trägerin des alternativen Nobelpreises 2001

[www.btselem.org](http://www.btselem.org)

israelische Menschenrechtsorganisation mit dem vorrangigen Anliegen, Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten aufzudecken.

[www.peacenow.org.il](http://www.peacenow.org.il)

in der Vergangenheit breite einflussreiche israelische Friedensbewegung, die heute leider etwas an Bedeutung verloren hat

[www.batshalom.org](http://www.batshalom.org)

feministische Friedensorganisation, die für einen gerechten Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn eintritt.

[www.yesh-gvul.org](http://www.yesh-gvul.org)

Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), israelische Friedensgruppe, die das Ziel hat, Soldaten zu unterstützen, die Aufträge repressiver oder aggressiver Art verweigern.

[www.stoptorture.org.il](http://www.stoptorture.org.il)

Vereinigung gegen Folter in Israel

[www.baraka.org](http://www.baraka.org)

palästinensisches Netzwerk von NGOs mit zahlreichen Links

[www.palnet.com](http://www.palnet.com)

einer der wichtigsten Serviceprovider für Palästina mit zahlreichen Links

[www.birzeit.edu](http://www.birzeit.edu)

Internetpräsenz der palästinensischen Birzeit-Universität mit vielen Links zu Palästina

[www.annadwa.org](http://www.annadwa.org)

Homepage des Internationalen Begegnungszentrums Bethlehem

[www.passia.org](http://www.passia.org)

Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs

[www.jmcc.org](http://www.jmcc.org)

Jerusalem Media & Communication Center (JMCC), 1988 von palästinensischen JournalistInnen und WissenschaftlerInnen gegründet

[www.lawsociety.org](http://www.lawsociety.org)

Palästinensische Menschenrechts- und Umweltorganisation

## Terminübersicht

### Juli

9.7. 18:00

**pax christi Friedensgottesdienst** in der Krypta von St. Bonifaz, Karlstr. 34

13.7.

13:30 - 18:00

**Deutsche Interessen und die Rolle der Bundeswehr**

Nach einem Referat von Prof. Volker Böge Podiumsdiskussion unter dem Thema „Nach der Rückkehr zur Normalität – neue Aufgaben für die Friedensbewegung“ u.a. mit einem Vertreter von Pax Christi.

Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

Politisches Samstagsgebet

**Thema: Bildung,**

Herz Jesu Kirche, Romanstr. 6, Neuhausen

**Die Konfliktodynamik von Gewalt und Gegengewalt**

Bericht über eine ökumenische Friedensdelegationsreise nach Israel/Palästina mit Clemens Ronnefeld, Referent für Friedensfragen beim int. Versöhnungsbund.

Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

**Zum Dialog der Religionen**

mit Prof. Dr. Michael von Brück

Gemeindehaus der Christuskirche

Dom-Pedro-Platz 5 (U1 Haltestelle Gern)

13.7. 18:00

17.7. 19:00

18.7. 19:30

### September

28.9. 18:00

**Politisches Samstagsgebet**

Altkath. Kirche in der Blumenstr. (angefragt)

27.-29.9.

**Wochenende der erweiterten Bistumsstelle**

in der Oase Steinerskirchen

### November

1.-3.11.

10.-20.11.

**Pax Christi Delegiertenversammlung Mainz**

**Warum habt ihr Angst**

Ökumenische Friedensdekade

### Februar 2003

**Sicherheitskonferenz, München**

## Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese

## REGIONALGRUPPEN

Dorfen	Wirtz Elisabeth	Wallbergstr. 8	84405 Dorfen	08081/4437
✓ Erding	Bendl Roswitha	Frz.Xav.Mayr-Str.17	85435 Erding	08122/92632
✓ Freising	Fischer Ernst	Zimmermannstr.10	85356 Freising	08161/64223 <sup>145 193</sup>
Mayix Gilching	Sausen Andrea	Erdäpfelgarten 5	82205 Gilching	08105/22958
Landshut	Würfel Birgit	Grünlandstr. 1a	84028 Landshut	0871/28117
Mühldorf	Nodes Helmut	Eichenstr. 8	84453 Mühldorf/Inn	08631/2418

## PFARREGRUPPEN

✓ St.Birgitta	Vogt Rosemarie	Fasanenstr.54	82008 Unterhaching	089/6114192
✓ St.Hildegard	Wittner Johannes	Kunzweg 13a	81243 München	089/831072
40x St.Ignatius	Hahn Sabine	Guardinistr. 57	81375 München	089/716107
Leiden Christi	Fackler Irmgard	Eglofstr. 15	81247 München	089/881021
✓ St.Michael/BaL	Brandstetter Josef	Zehntfeldstr. 180 a	81825 München	089/6881487
✓ St.Quirin/Aub.	Dr. Müller-Leisgang Annette	Pirolstr.7	81249 München	089/86308996

## SACHGRUPPEN

Erlassjahr 2000	Neuwirth Angelika	Weidenstr. 51	82223 Eichenau	08141/70636
✓ Eine Welt	Dinkel Wolfgang	Westpreußenstr. 3	81927 München	089/937333
St. 1/2000 Gewaltverzicht	Rottmayr Sepp	Eduard-Schmidt-Str.26	81541 München	089/659253
✓ Friedenspolitik	Bauer Ludwig	Jagdstr. 7 B	80639 München	089/162116
St. 1/2000 Konflikte gewaltfrei lösen	Waldemar Ruez,	Esswurmstr. 24	81371 München	089/763289

## BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Sprecher	Martin Pilgram	Römerstr. 114	82205 Gilching	08105/4948
Kassenführer	Schneider Othmar	Am Düllanger 1	82031 Grünwald	089/6413180
Mitgliederbetreuerin	Schmitz Annemarie	Emanuelstr. 14 a	80796 München	089/3081154
Münchner Kontakte	Wechsler Rosemarie	Maurice-Ravel-Weg 4	80939 München	089/31190520
	Scherer Gertrud	Salzburgerstr. 16	81241 München	089/347850
Asyl/Flüchtlinge	Schelbert Lore	Fritz-Bär-Str. 23	81476 München	089/751970
Vertretungsaufgaben	Dr.Elisabeth Hafner	Stäudlweg 34	82205 Gilching	08105/4774
	Ralf Deja	Fritz-Wunderlich-Pl. 5	81243 München	089/883214

Büro der Bistumsstelle: Landwehrstr. 44, 80336 MÜNCHEN, TEL./FAX: 089 / 54 38 515  
geöffnet jeden Dienstag 16:00-18:00  
email: [bs-muenchen@paxchristi.de](mailto:bs-muenchen@paxchristi.de)

PAX CHRISTI Landesstelle Bayern: 089 / 5438515

Sie finden uns im Internet unter:  
[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) oder <http://www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi>

Bankverbindungen: Kto.Nr: 887 36-801 Postgiro München (BLZ 700 100 80) für Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden

46 Kto.Nr.: 220 33 24 LIGA München (BLZ 700 903 00) nur Spenden für die Friedensarbeiterstelle

## Jahreseröffnung der friedens räume in Lindau

Seit dem 13. April sind die friedens räume in Lindau wieder für Besucher geöffnet. Die BesucherInnen erwartet ein interaktives Forum mit vielfältigen Impulsen. Im Zentrum steht ein Friedensbegriff, der in die eigene Hand genommen werden kann und ein Friedensverständnis, das auf der Basis vergangener Erfahrung Schlüsse

zieht und Erkenntnis für heute erleichtert. Informationen zu den friedens räumen, zum Jahresprogramm und Schulangebot erhalten Sie bei: pax christi Augsburg, Ottmarsgässchen 8, 86152 Augsburg, Tel. 0821-517751, Fax 0821-150325, E-mail: [pc.augsburg@gmx.de](mailto:pc.augsburg@gmx.de), [www. Augsburg.paxchristi.de](http://www.Augsburg.paxchristi.de)

friedens  
räume  
Villa Lindenhof - Lindau Im Bodensee  
museum in bewegung

An dieser Stelle ist der aktuelle Flyer der Friedensräume eingeklebt. Sollte er schon entfernt worden sein kann er über die Bistumsstelle bezogen werden.